



Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

24. Sitzung (öffentlich)

18. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

**Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in
Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen**

3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich heiße Sie alle willkommen zur 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Insbesondere möchte ich die Sachverständigen herzlich begrüßen und Ihnen schon jetzt danken, dass Sie den oft sehr weiten Weg hierhergekommen sind. Ich glaube, es hat sich niemand zugeschaltet heute, sondern alle sind in Präsenz da. Das ist etwas sehr Besonderes. Die Anhörung wird live ins Internet gestreamt.

Im Namen der Ausschussmitglieder danke ich den teilnehmenden Sachverständigen für ihre Bereitschaft, zur Klärung von Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag beizutragen. Natürlich danke ich allen, die uns vorab ihre Stellungnahmen übersandt haben. Sie liegen vorne im Eingangsbereich.

An die Experten – die, die bei uns schon im Ausschuss waren, wissen das, die anderen werden es jetzt erfahren –: Wir haben im Umweltausschuss ein spezielles Miteinander bei Anhörungen. Da wir alle Ihre Stellungnahmen gelesen haben, wollen wir diese wichtige, wertvolle Zeit nun miteinander nutzen, um uns intensiv mit Ihren Stellungnahmen zu befassen. Alle Ausschussmitglieder haben sich konkrete Fragen zu den Stellungnahmen notiert.

(Es folgen einige technische Hinweise zum Ablauf der Anhörung.)

Dann würde ich jetzt beginnen und würde das Wort an die antragstellenden Fraktionen übergeben. Herr Kaiser von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich gemeldet, bitte, Herr Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herzlichen Dank auch an alle Sachverständigen, den Expertinnen und Experten, dass Sie heute hier sind und uns Ihre doch knappe Zeit zur Verfügung stellen. Ich würde gerne anfangen mit einer Frage an die LAG 21, an Mona Rybicki.

Wir sind heute an einem doch schon symbolträchtigen Datum zusammengekommen. Die UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung hat begonnen in New York. Selbst – und das ist auch gut so – Bundeskanzler Scholz hat sich auf den Weg nach New York gemacht oder wird sich noch auf den Weg machen. Dort wird sicherlich auch über die neuesten Ergebnisse zum Thema „Planetare Grenzen“ beraten, die letzte Woche in „Science Advances“ publiziert wurden. Sie erwähnen diesen Begriff der planetaren Grenzen und das Konzept auch in Ihrem Beitrag.

Jetzt kommt die Studie letzte Woche zu dem Schluss, dass – ich sage es mal ein bisschen vereinfacht – alles noch viel schlimmer ist oder sein könnte, als bisher erwartet. Sechs von neun planetaren Grenzen sind überschritten. Müssen wir diesen Ansatz in unseren Überlegungen in dem parlamentarischen Antrag, den wir als schwarz-grüne Fraktion verfasst haben, noch zuspitzen? Und wenn ja, wie müssen wir die stärker berücksichtigen?

Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW): Vielen Dank für die Einladung hierher und auch für diese Frage, die ich auf jeden Fall bejahen würde. Es ist notwendig, die Ambitionen zu erhöhen, gerade mit Blick auf die planetaren Grenzen. Sowohl das Konzept der planetaren Grenzen als auch der letzte Global Sustainable Development Report zeigen auf, dass wir in vielen Zielbereichen off track sind, insbesondere, was die ökologischen Zielsetzungen und die planetaren Grenzen angeht. Das heißt, hier sind Kurskorrekturen und auch eine Beschleunigung der Aktivitäten notwendig. Da muss NRW auch der eigenen Verantwortung gerecht werden, diese sozialökologische Transformation zu gestalten.

Ganz konkret, das haben wir auch in unserer Stellungnahme benannt, wäre es für uns ein wichtiger Punkt, die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie als eine Dachstrategie zu verankern, also hier ressortübergreifend und sektorübergreifend in die Zusammenarbeit zu gehen und integrierte Lösungen zu denken. Grundlage dafür wäre eine Definition von Nachhaltigkeit als klare Norm.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Da würden wir uns wünschen, dass man sich an dem Verständnis der starken Nachhaltigkeit, das die planetaren Grenzen als Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand und ökonomischen Wohlstand definiert, orientiert. Das wäre ein konkreter Ansatz, die planetaren Grenzen stärker in der Nachhaltigkeitsstrategie zu verankern neben dem Ansatz, die ökologischen Ziele noch ambitionierter und vor allem mit terminierten und quantifizierten Zielwerten zu hinterlegen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Auch ich darf mich ganz herzlich bedanken. Es ist schön, so eine große Runde mit so viel profunder Expertise hier sitzen zu haben zu diesem, manchmal auch etwas abstrakten Thema. Ich möchte es an einem Punkt ein bisschen konkreter machen und würde die Frage gern an Professor Fishedick richten.

Es gibt diese schöne Studie zur Umsetzungserfahrung mit Landesnachhaltigkeitsstrategien. Da haben Sie sich dezidiert mit Gesetzesfolgenabschätzungen auseinandergesetzt. Da haben Sie gesagt: In 28 % der entsprechenden Fälle wurde eine Nachhaltigkeitsprüfung durchgeführt. Dann gehen Sie da ein Stück weit seitens Ihres Hauses etwas kritischer mit den Ergebnissen und der Art und Weise der Überprüfung um.

Wenn es aus Ihrer Sicht optimal gestaltet sein sollte: Wie sollte eine Nachhaltigkeitsprüfung für entsprechende Gesetze aussehen?

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Von meiner Seite erst mal vielen Dank für die Einladung, die Gelegenheit, sich heute

hier auszutauschen. Vielen Dank auch für die Frage. Tatsächlich ist es so, dass man im Rahmen der Gesetze, aber insgesamt auch im Rahmen des politischen Handelns die Nachhaltigkeitsstrategie und Nachhaltigkeitsziele als zugrundeliegenden Maßstab sehr stark in den Blick nehmen sollte.

Um das tun zu können, braucht es zunächst einmal Kriterien, an denen man das bemessen kann. Die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, die jetzt in vollem Gange ist, sollte genau das auch tun, nämlich Kriterien, die bisher schon da waren, zu spiegeln, ob sie noch die richtigen sind oder ob man sie anpassen muss, weil in der Zwischenzeit etwas Zeit ins Land gegangen ist, sie auch anzuschärfen, die Messbarkeit deutlich zu erhöhen, das Ambitionsniveau zu erhöhen.

Wir sprechen eigentlich immer davon, dass Kriterien „SMART“ sein sollten. Was steckt dahinter? Das „S“ steht für: Sie müssen spezifisch sein, also relativ genau definiert sein, sie müssen irgendwie messbar sein, sie müssen zugleich aber auch attraktiv sein, sodass Menschen und in diesem Fall auch die Politik sie sich zu Eigen machen und diese Ziele auch erreichen wollen; sie müssen aber auch realistisch sein. Das heißt, man darf sich nicht Ziele setzen, von denen man von vornherein weiß, dass man sie nicht erreichen kann. Das wäre sicherlich falsch.

Und das Letzte, was hinter SMART steht, das „T“: Sie müssen terminiert sein. Das heißt, es muss klar sein, an welchen zeitlichen Eckpunkten man es festmacht, um auch eine Überprüfbarkeit darstellen zu können. Da sind Sie natürlich wieder bei Gesetzesvorhaben, die am Ende des Tages auch die zeitliche Achse in den Blick nehmen. Und das müssen Sie spiegeln mit den genau definierten Zielen, hinter denen Indikatoren, die messbar sind, stehen müssen.

Ich glaube, da ist tatsächlich Luft nach oben. Deswegen ist aus meiner Sicht eine der wesentlichen Aufgaben der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie, an diesen Zielen und den dahinter stehenden Indikatoren weiterzuarbeiten, sie abzugleichen mit den Zielen der Bundesregierung, die auch weiterentwickelt worden sind, und das dann auch zur Grundlage der Überprüfung von Gesetzesvorhaben zu machen.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen und uns im Vorfeld auch schon Ihre Stellungnahmen haben zukommen lassen. Ich würde gerne mit der ersten Frage beginnen und Herrn Professor Hennecke von der Handwerkskammer NRW ansprechen.

Herr Professor, wo sehen Sie Zielkonflikte innerhalb der 17 SDGs, und wie bewerten Sie diese? Wie problematisch sehen Sie hier die inhärenten Wertekonflikte innerhalb der SDGs? – Vielen Dank.

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke (Handwerk.NRW): Vielen Dank. In der Tat, wenn man im Sinne von Herrn Fishedick nach konkreten Kriterien fragt, die auch in dem Sinne SMART sind, dann muss man fragen: Wie geht man vor, wenn bestimmte Zielsetzungen kollidieren? Diese Punkte gibt es natürlich.

Wenn man sich diese 17 Punkte anschaut: Sie sind ja nicht alle auf diesen Grundsatz der Nachhaltigkeit aus dem 18. Jahrhundert zurückzuführen, wo es um Generationengerechtigkeit und nachhaltige Ressourcenverwendung geht, sondern mittlerweile haben wir da sehr viel mehr Themen drin, die damit nur mittelbar oder auch gar nicht direkt zu tun haben, sondern nur im weiteren Sinne als nachhaltig anzusehen sind. Da gibt es sowohl auf der Ebene der Ziele, über die man da schreiben kann, als auch auf der Ebene der Instrumente für die einzelnen Ziele durchaus Konfliktpotential.

Wir sehen das bei der Diskussion um die Braunkohle. Natürlich ist der Ausstieg aus der Braunkohle im ökologischen Sinne sinnvoll, aber er gefährdet das Thema der Bezahlbarkeit der Energie. Das heißt, das muss man irgendwie zu einem Ausgleich bringen. Da ist auch das Ziel gesetzt, ländliche Räume zu entwickeln, also auch Ungleichheiten in regionaler Art zu vermeiden. Das bedeutet aber auch, dass man Mobilitätsangebote im ländlichen Raum aufrechterhalten muss und da Erreichbarkeiten gewährleisten muss. Auch das kann Zielkonflikte auslösen.

Wir haben ein großes Thema – auch in der Landespolitik – mit dem Thema „Flächennutzung“. Für verschiedene dieser Ziele kann ich mir Flächennutzungen vorstellen. Wir haben das Thema Klimafolgenanpassung, das auch eine große Rolle spielt. Die Fragen, „wo siedelt man Industrie an – wo bleibt der Platz für die Landwirtschaft?“, das sind Konflikte, die innerhalb der Ziele liegen. Es hilft jetzt nichts, für jedes einzelne Ziel konkrete, messbare Kriterien zu entwickeln, ohne dass man die in einen Ausgleich bringt. Das heißt, idealerweise wäre es so, dass man das miteinander verrechnen kann. Ein Ansatz geht über die CO₂-Bepreisung, wo das zumindest teilweise versucht wird. Aber man kommt nicht umhin, auch eine Abwägungsentscheidung zu treffen. Und da stößt auch eine wissenschaftliche Politik an ihre Grenzen. Diese Abwägungsentscheidung zwischen den Zielen und auch die Entscheidung von Werten innerhalb dieser Ziele muss die Politik treffen.

Aber wir reden hier auch über sehr sensible Fragen, etwa der sozialen Ungleichheit, über Fragen der Bildungspolitik, worüber man mit gutem Recht politisch streiten kann. Das lässt sich nicht alles wissenschaftlich so herunterdeklinieren, dass die Politik das dann nur noch anwenden und durchführen müsste. Am Ende bleiben Entscheidungsnotwendigkeiten, die man der Politik nicht wegnehmen kann und sollte.

Zacharias Schalley (AfD): Auch unsererseits vielen Dank für die heute zur Verfügung stehende Expertise. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Fishedick. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele gelte es, die Umsetzungsgeschwindigkeit zu erhöhen. Dabei sei auch nicht immer zu warten, bis die 100 % optimale Lösung vorliege. Wie verträgt sich so eine Formulierung mit dem demokratischen Mitbestimmungsanspruch der vor Ort betroffenen Bürger – beispielsweise, wenn ein Windpark vielleicht bei der Kommune oder den Anwohnern doch nicht auf so viel Gegenliebe trifft? – Vielen Dank.

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank für die Fragen. Wenn wir jetzt auf die letzten 15 Jahre schauen, oder

nehmen wir den kürzeren Zeitraum seit der Veröffentlichung der 17 internationalen Nachhaltigkeitsziele 2015, dann sehen wir, dass in vielen Bereichen die Ziele bisher nicht erreicht worden sind und der Trend in den meisten Bereichen in die falsche Richtung geht. Die Konsequenz ist, wenn man an der Zielerreichung festhält, dass man umsteuern muss.

Das heißt, man muss konsequenter Maßnahmen erreichen, um diese Ziele zu erreichen, muss das auch schneller machen, muss das auch kohärenter machen in dem Sinne, wie Herr Hennecke das gerade dargestellt hat. Man darf sich auch vor Zielkonflikten nicht wegducken, man muss sie transparent machen, muss sie benennen und dann auch politisch und gesellschaftlich diskutieren. Man muss also im Umsetzungsprozess schneller und konsequenter werden.

Zum anderen, das meinte ich mit der Feststellung: Wir haben immer wieder gesehen, dass man sich in den letzten Jahren doch verhakt hat an bestimmten Stellen, weil man es 100 % genau machen wollte, also die Zielerreichung vielleicht dann zu genau machen wollte. Und diese Zeit haben wir einfach nicht mehr. Wenn wir die Ziele tatsächlich ernst nehmen, dann muss es manchmal vielleicht auch die zweit- oder drittbeste Lösung sein, die man umsetzt, die dann vielleicht nur 90 % oder 95 % optimal ist. Das heißt aber nicht, dass man deswegen nicht weiter über Beteiligungsstrukturen nicht nur nachdenken darf, sondern sie in die Umsetzung bringen muss.

Schneller zu werden und auch konsequenter zu sein, heißt nicht, Beteiligung zu vernachlässigen, sondern heißt gegebenenfalls, schnell auch mit den Beteiligten zu Entscheidungen zu kommen. Und da möchte ich den Punkt von Herrn Hennecke deutlich verstärken: Es ist wichtig, dass man sich mit den Wechselwirkungen zwischen den Zielen auseinandersetzt, um Zielkonflikte identifizieren zu können und das auf die politische und gesellschaftliche Agenda zu setzen, aber auch um Synergieeffekte zu identifizieren. Die gibt es ja durchaus auch.

Insofern ist der erste wichtige Schritt, eine Wechselwirkungsanalyse zwischen den 17 Nachhaltigkeitszielen sehr systematisch und intensiv zu machen und damit eine solide Basis zu haben, um Entscheidungen treffen zu können.

Einen weiteren Punkt, um das noch mal zu verschärfen und nicht 150 % der Zielsetzung in den Blick zu nehmen: Wir sind heute längst in einer Situation, in der es nicht mehr reicht zu vermeiden. Nehmen Sie das Beispiel „Klimaschutz“. Es reicht nicht mehr, dass wir nur CO₂-Emissionen vermeiden, sondern am Ende des Tages, wenn wir den Klimawandel in Grenzen halten wollen, müssen wir sogar in eine Art von Reparaturbetrieb reingehen und mittel- bis langfristig sogar zu negativen Emissionen kommen, um Temperaturgrenzen global nicht überschreiten zu müssen. Auch das ist wieder ein Punkt, der zeigt, dass wir schneller werden müssen, dass wir konsequenter werden müssen. Insofern braucht es dafür, glaube ich, auch ein solides Maß an Pragmatismus und Entscheidungsfreudigkeit. Das stand hinter dem Begriff.

René Schneider (SPD): Vielen Dank an alle anwesenden Sachverständigen, dass Sie uns heute Ihre Expertise geben. Meine erste Frage richtet sich an die Verbraucher-

zentrale, an Herrn Waskow oder Herrn Heldt, ich weiß nicht, wie Sie sich da geeinigt haben.

Mir geht es um das Ziel Nummer 2, nämlich Ernährung bzw. keinen Hunger. Ernährungsarmut, so stellen wir fest, ist ein immer dringenderes Problem. Ich glaube, da gibt es keine zwei Meinungen zu. Das wird aber im vorliegenden Antrag nicht erwähnt. Deswegen lautet unsere Frage, was eine Landesregierung in einer aktualisierten Nachhaltigkeitsstrategie tun müsste, um dieses Problem der Ernährungsarmut anzugehen, aus Ihrer Erfahrung als VZ heraus.

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage. Es ist tatsächlich so, dass viele Menschen in NRW von Armut betroffen sind, bis zu 20 %, und wir auch Ernährungsarmut in unserem Land haben. Das ist in der Vergangenheit nicht immer so offen diskutiert worden. Wir können einfach sagen: Es gibt viele gute Ansätze, es gibt viele Projekte. Das Problem ist: Wir brauchen eigentlich eine Verstetigung. Wir brauchen nicht Projekte, die nach drei, vier oder fünf Jahren aufhören, und dann irgendwie versucht wird zu verstetigen, sondern wir brauchen im Grunde Strukturen, um dem entgegenzuwirken. Es ist, glaube ich, das Wichtigste daran, dass man das dauerhaft betreibt.

Natürlich ist armen Menschen mit vielen Maßnahmen wenig geholfen. Die brauchen auch mehr Geld. Das will ich jetzt hier aber nicht diskutieren, das hat mit der Nachhaltigkeitsstrategie erst mal nicht so viel zu tun. Aber der strukturelle Ansatz ist einfach total wichtig, und der fehlt mir da auch in der Nachhaltigkeitsstrategie.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Waskow. – Dann gehen wir jetzt in die nächste Runde. Es hat sich Herr Kaiser gemeldet, bitte sehr.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte eine Frage an Frau Dr. Witte von der Bertelsmann Stiftung. Bei der Durchsicht der Stellungnahmen am Wochenende ist mir aufgefallen, dass die Bertelsmann Stiftung noch nicht schriftlich Stellung genommen hat. Ich habe dann auf der Internetseite geguckt. Da waren viele Punkte, insbesondere zu Kommunen, zu lesen, die Sie dort betreuen, die Sie dort machen. Daher wäre meine Frage: Was macht die Bertelsmann Stiftung konkret im Themenbereich „nachhaltige Entwicklung“, und was wären aus Ihrer Sicht die Punkte im Antrag selber, die für die Kommunen entscheidend sind?

Dr. Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung, Zentrum für Nachhaltige Kommunen): In der Tat haben wir auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet. Ich denke, es ist im Rahmen der anderen schriftlichen Stellungnahmen schon viel gesagt worden, dem ich mich auch anschließen kann. Wir haben gehört, wir sind nicht on track, und wir müssen wirkungsvoller und verbindlicher werden. Da messe ich den Kommunen eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Wenn wir uns fragen, wie wir wirkungsvoller werden können, dann ist ein Ansatz meines Erachtens, die Kommunen sehr viel verbindlicher als bisher mit ins Boot zu holen.

Damit meine ich zum einen, dass Kommunen beteiligt und nicht nur informiert werden, wenn es darum geht, eine Strategiefortschreibung zu machen. Damit meine ich zum anderen aber auch, dass Kommunen mit ins Boot geholt werden, wenn es an die Umsetzung geht. Wir selber haben zusammen mit vielen Akteuren aus der kommunalen Szene, unter anderem den kommunalen Spitzenverbänden, der LAG 21 und weiteren Indikatoren entwickelt und die mit Daten hinterlegt, die von den statistischen Bundes- und Landesämtern zur Verfügung gestellt werden können.

Ich glaube, dass das auch ein wichtiger Schritt in Richtung Verbindlichkeit ist, was auch das Land ja macht, allerdings mit anderen Indikatoren. Da würden wir uns eine bessere Abstimmung zwischen dem, was das Land misst, und dem, was die Kommunen messen und bewerten können, wünschen. Verbindlichkeit in dem Sinne, dass man auch tatsächlich monitort: Wie entwickeln sich diese Indikatoren über die Zeit? Da wird man dann feststellen, dass da noch sehr viel Luft nach oben ist und es verbindlicher werden muss.

Letzten Montag war eine Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie hier im Landtag. Da wurde auf Einladung von Frau Dr. Schostok der Monitor of Wellbeing vorgestellt aus den Niederlanden, meines Erachtens ein sehr gutes Instrument, das anschlussfähig ist an das, was wir auch schon entwickelt haben, wo man tatsächlich im Sinne von Verbindlichkeit, Monitoring sehr gut nachhalten kann: Wie weit ist das Land NRW gekommen? Wie weit sind die Kommunen gekommen?

Das geht natürlich einher damit, dass wir uns auch wünschen würden, dass das Land die Kommunen nicht nur monitort, sondern primär auch unterstützt bei dem, was sie machen. Denn was bei der Halbzeitbilanz, die wir erstellt haben, herausgekommen ist, ist, dass es bei den Kommunen noch große Unterschiede gibt. Insgesamt haben sich noch zu wenig Kommunen auf den Weg gemacht, und insgesamt ist noch nicht das erreicht worden, was erreicht werden musste. Da fehlt es den Kommunen an Ressourcen. Gerade hier in NRW gibt es auch eine große Diskrepanz zwischen Kommunen, was die Personal- und Finanzressourcen angeht. Hier würden wir uns für den kommunalen Bereich mehr Unterstützung durch das Land wünschen.

Spannend finde ich noch einen Ansatz, den wir jetzt mit dem Bundesland Hessen pilotiert haben – bzw. man muss ehrlicherweise sagen, das Bundesland Hessen hat es pilotiert mit unseren Indikatoren. Hessen hat bereits das Thema „Nachhaltigkeit“ in der Landesverfassung festgehalten mit dem Erfolg, dass jetzt der Rechnungshof die Indikatoren, die wir in der Arbeitsgruppe entwickelt haben, in den Kommunalhaushalten hinterlegt mit Hilfe eines Produktbuches. So etwas könnte ich mir auch für die Länder und die Kommunen gut vorstellen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Dann würde ich jetzt meine Frage an Frau Drees stellen. Wenn Sie jetzt von diesem Produktbuch hören: Wären wir in der Lage, auf der kommunalen Ebene die Dinge direkt umzusetzen? Oder wenn Sie morgen auf einen Bürgermeister zugehen müssten und mit ihm diskutieren müssten, wie man einen Schritt vorankommt: Was würden Sie ihm ins Stammbuch schreiben?

Sabine Drees (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Danke schön für die Frage. Wir stehen dieser Entwicklung sehr positiv gegenüber. Wir haben unserer Mitgliedschaft auch empfohlen, die Agenda 2030 als Referenzrahmen zu verstehen. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung haben wir im Übrigen das SDG-Portal entwickelt und Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen überprüft und untersucht, wie relevant sie für Kommunen sind, und auch Indikatoren etabliert.

Natürlich kann man mit einem System wie SDG-Indikatoren allein die Nachhaltigkeit nicht voranbringen. Sie können auch nicht alles dadurch zeigen. Das ist ganz klar. Deswegen ist es richtig, das unterstreichen wir auch: Wir finden es gut, wenn es mehr Beratungsansätze und Informationen für Kommunen gibt. Aber wir meinen auch, die Beratung muss in zwei Richtungen gehen. Kommunen machen schon sehr viel. Wir fänden es sehr gut, wenn zum Beispiel das kommunale Know-how auch Einfluss finden würde in die Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalens.

Wir haben sehr viele große Städte in Nordrhein-Westfalen, die beispielsweise Voluntary Local Reviews verfasst haben wie auch Düsseldorf und andere, die bereits sichtbar sind bei den Vereinten Nationen, aber noch nicht in der Nachhaltigkeitsstrategie NRW. Da würden wir gerne noch etwas drauflegen.

Im Übrigen, ein Kollege hat es auch schon gesagt: Es gibt sehr viele Zielkonflikte innerhalb der 17 SDGs und der 169 Unterziele, erst recht, weil sie nicht priorisiert sind. Es ist eine ganz wichtige kommunale Aufgabe. Die Kommunen können hier Interessenausgleiche oder auch Lösungen finden, wie man Ziele verstärken kann oder wie bei anderen Zielen, die im Widerspruch stehen – eins haben wir heute schon gehört – , diese Widersprüche aufgelöst werden können.

Das bringt mich zur internationalen Halbzeitbilanz. Sie haben diesen Tag hervorragend gut gewählt. Heute wir in New York die internationale Bilanz vorgestellt. Dafür einen Glückwunsch auch an die Vorsitzende. Trotzdem wissen wir, dass diese Halbzeitbilanz nicht besonders erfreulich ist. 80 % aller Ziele – da muss ich noch mal sagen: international sieht es viel schlechter aus als in Deutschland – haben keinen nennenswerten Fortschritt erreicht, sind sogar rückläufig oder gleichgeblieben.

Es gibt ganz viele Ursachen, und die drei Minuten reichen nicht aus, um alles zu erwähnen, was wir daran verbessern könnten. Aber ein Thema – und da wieder zurück zu den Kommunen – ist auch, dass Kommunen überhaupt nicht einbezogen sind. Auch Ihre Lösungsvorschläge: Wir haben keine Möglichkeit, an den internationalen Agenden mitzuwirken. Die Bundesregierung ist mit über 50 Personen vertreten. Es ist uns sehr schwergefallen, zum Vorgipfel, zum High-Level Political Forum, auf eigene Kosten mit vier Personen mitfahren zu dürfen. Da, finden wir, muss unbedingt nachgearbeitet werden. Kommunen sind nicht nur die Umsetzungsebene, wir sind auch Gestalter und wollen Mitentscheider werden. Deswegen machen wir uns jetzt schon auf, die Post-Agenda 2030 ins Spiel zu bringen. Wir möchten wirklich jeden einzelnen von Ihnen bitten, uns zu unterstützen, dabei eine größere Rolle zu spielen. – Danke schön.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gerne meine nächste Frage an Herrn Dr. Pastoors richten. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass der Antrag zu kurz greift. Wenn Sie uns dies bitte etwas näher erklären könnten. – Danke.

Dr. Sven Pastoors (20-Fünfzig, Agentur für nachhaltige Zukunft): Auch erst einmal vielen Dank für die Frage und die Einladung. Es ist letztlich schon viel dazu gesagt worden, dass sowohl der Nachhaltigkeitsstrategie als auch dem Antrag die klaren Ziele fehlen. Der einfache Verweis auf die 17 SDGs reicht an dieser Stelle nicht aus. Wir haben gerade schon gehört, dass es da durchaus Interessenskonflikte gibt. Wir haben die Unterziele, die definiert sind. Da zu erwarten, dass man das jetzt in den einzelnen Ministerien, in den einzelnen Kommunen und, und, und umsetzt, ist letztlich unrealistisch.

Es wäre sehr wichtig, wenn die Landesregierung, ähnlich wie Sie es auch für die Kommunen empfohlen haben, für sich klare Prioritäten setzt, klare Ziele definiert. Zum Beispiel ist im Koalitionsvertrag das Ziel, dass man die erste klimaneutrale Industrieregion innerhalb der EU werden will – schönes, hehres Ziel. Leider folgt dann sehr wenig, wie man das erreichen will. Also zum einen: klare Priorisierung, klare Ziele, nicht einfach nur der Verweis auf die 17 SDGs, sondern auch zu sagen, wie man denn auch bitte dahinkommen möchte.

Und zudem werden wir diese Ziele nur erreichen – Sie hatten gerade die Kommunen angesprochen, aber natürlich auch die Unternehmen, die Bürger, Schulen müssen alle mitgenommen werden. Und ich sehe im Augenblick noch nicht, dass es da einen ganzheitlichen Ansatz gibt, wie man auch sämtliche Stakeholder, die das nachher umsetzen müssen, zum einen beteiligt, aber auf der anderen Seite wie man die auch bei der Umsetzung unterstützt. Ich möchte jetzt gar nicht in aller Tiefe darauf eingehen.

Für mich ist das abschreckende Beispiel das Gebäudeenergiegesetz. Hätte man dort einfach mal die Vorteile für die Bürger kommuniziert, die sie durch das Gesetz auch erhalten würden, wäre der Verlauf der Diskussion auch ein ganz anderer gewesen. Aber es fand eine sehr technische Diskussion statt. Wir sehen zum Teil bei Gesetzesvorhaben hier in NRW auch, dass nach wie vor sehr technisch oder aus der Perspektive der SDG, aus wissenschaftlicher Perspektive argumentiert wird, aber gar nicht geguckt wird: Wie können wir die Beteiligten mitnehmen? Welche Vorteile ergeben sich aus diesen Maßnahmen für die Beteiligten, und wie können wir die dann auch von der Notwendigkeit überzeugen?

Zacharias Schalley (AfD): Ich würde auch an Herrn Dr. Pastoors meine nächste Frage richten. Sie hatten es gerade schon angeschnitten: Sie gehen in Ihrer Stellungnahme zum Thema „Governance und Beteiligungsstrukturen“ auf die Rolle des Nachhaltigkeitsrates ein und kritisieren, dass da ausschließlich Verbandsvertreter, aber zum Beispiel keine Unternehmer vertreten sind. Wie bewerten Sie zunächst allgemein die demokratische Legitimationsfähigkeit solcher Gremien? Wer gehörte vielleicht noch da rein außer Unternehmer oder die Wirtschaft?

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Dr. Sven Pastoors (20-Fünfzig, Agentur für nachhaltige Zukunft): Vielen Dank für die Frage. Ein Beirat ist ein Beirat. Von daher: Bei einem Beirat geht es weniger darum, dass er demokratisch legitimiert ist, sondern dass da Personen sitzen, die denen, die demokratisch legitimiert sind, entsprechende Empfehlungen geben können. Und das ist jetzt, wie gesagt, meine persönliche Sichtweise. Aber wenn ich mir die Zusammensetzung des Beirates und auch die Publikationen angucke, die er bisher getätigt hat, ist es ein doch sehr politisches Organ, das zum Teil sehr diplomatische Stellungnahmen abgibt.

Der Aufruf zum Beispiel zum Weiterschreiben der Nachhaltigkeitsstrategie hätte nicht sanfter, vorsichtiger formuliert sein können. Da würde ich mir wünschen, wenn ich jetzt die Stellungnahmen nehme, die wir bisher gehört haben, dass vielleicht auch mal kritischere Stimmen da reinkämen. Von daher würde ich mir – ähnlich wie beim Rat der Wirtschaftsweisen – mehr wissenschaftliche Expertise wünschen.

Auf der anderen Seite würde ich mir aber auch wünschen, dass Vertreter von Schulen, dass Vertreter von Kommunen und nicht nur der Bürgermeister, der letztlich auch wieder ein politisches Amt hat, sondern Vertreter aus den Verwaltungen, die das Ganze umsetzen müssen, oder auch Unternehmer – wohlgemerkt, Unternehmer, nicht Unternehmensverbände, sondern Personen, die auch selber ein Unternehmen zu verantworten haben – dann dort vertreten wären, um einerseits ein breiteres Spektrum an Meinungen zu kriegen, aber auch vielleicht ein Spektrum an Meinungen von Personen, die mehr gewillt sind, den Stachel ins Fleisch zu legen und nicht bemüht sind, möglichst diplomatisch zu formulieren.

René Schneider (SPD): Die nächste Frage, die wir hätten, geht an den BUND, an Herrn Hertzke. In Ihrer Stellungnahme beklagen Sie, dass es trotz zahlreicher Aktivitäten keine Vernetzungen oder Synergien zwischen den Akteuren gibt. Das habe ich in der einen oder anderen Antwort auch schon von anderen Vertretern gehört.

Welche Methoden und Instrumente sehen Sie denn? Und vielleicht auch: Welche guten Beispiele gibt es, um die Effizienz der Aktivitäten da zu steigern und auch eine gewisse Vernetzung hinzubekommen, damit das ein Großes und Ganzes wird?

Achim Hertzke (BUND NRW): Vielen Dank für die Einladung und für die Frage. Wir sind ja eine Graswurzelorganisation von der Entstehung her. Deshalb ist Vernetzung in unseren Genen immer noch drin.

Was meine ich? Ich habe es natürlich etwas zugespitzt. Wir meinen einfach die Vernetzungspraxis auf allen Ebenen. Die LAG 21, die heute hier ist, ist eine tolle Runde. Das Team Nachhaltigkeit beim Wuppertal Institut ist eine wirklich exzellente Runde mit ganz unterschiedlichen Blickwinkeln. Aber ich möchte es ein bisschen konkreter machen: Was wir uns wünschen, ist eine – Eigenschöpfung – cross-institutionelle Durchdringung. Die fehlt uns.

Ich will ein mutiges Beispiel nennen. Sie kennen den jetzigen Bürgermeister der Stadt Wuppertal. Das verfolgt mich seit einigen Jahren. Der hat einfach gesagt, ich gehe mit

dem Operndirektor – ich hoffe die Amtsbezeichnung ist richtig – einfach mal auf den Berg, und dann tauschen wir die Rollen. Und das haben die ein paar Wochen gemacht. Und da haben sie wirklich Erkenntnisse gewonnen über die jeweils unterschiedlichen Lebens-/Wirkungswelten.

Ich nenne noch ein Beispiel, das ich mir auch vorstellen kann, dass ein Umweltaktivist von NABU, BUND, wie auch immer, einmal im Vorstand des DGB sitzt und umgekehrt, um mal zu sehen: Was tut sich da eigentlich? Mit welchen Problemen gehe ich da auch um? Das, finde ich, ist danach die wichtige Vernetzung, daraus die Erkenntnisse, die man generiert, auch für den Austausch zu sichern.

Es gibt natürlich Instrumentarien. Es gibt Supervision. Es gibt Mediation. Es gibt ein breites Spektrum aus der Umweltpsychologie der Steuerung von Projekten, zur Effizienzsteigerung, das man heranziehen kann. In Unternehmen heißt übrigens das Zauberwort „Diversität“. Das ist etwas, was mir fehlt. Wir haben natürlich eine Art Container, wie auch immer man es nennt, auch in den Organisationen. Auch der BUND hat eine ganz starke Ausrichtung. Wir nehmen uns da nicht aus, da in der Vernetzung und in der Sichtweise stärker zusammenzuarbeiten.

Es gibt andere Beispiele, wie man das auch technisch machen könnte. Sie kennen das Unternehmensnetzwerk B.A.U.M. Die haben eine Plattform entwickelt, die gerade diese Vernetzung KI-gesteuert auch generiert, und zwar zu Interessengruppen sagt: Da ist noch jemand, der sich auch mit dem Thema befasst. Das fand ich ganz faszinierend. Das ist für mich ein ganz neuer Ansatz. Und es gibt auch im Bereich Klimaschutz, Klimabilanzierung Plattformen beispielsweise von der IHK, da gehören gemischte Akteure rein. Ich bin da in einem anderen Zusammenhang, nicht als BUND-Mitglied. Das sind wunderbare Erkenntnisse in der Vernetzung.

Ein Letztes aus der Wissenschaft, was ich sehr unterstütze. Es gibt das CAIS in Bochum, das Center for Advanced Internet Studies, die eine hohe Expertise einbringen, die auch Vernetzungsplattformen bereitstellen. Da können Sie in Klausur gehen: Da können Sie zwischen den Themen arbeiten. Und es gibt – das ist mittlerweile Geschichte – das Forschungskolleg Online-Partizipation, das auch sehr viel wissenschaftliche Expertise erarbeitet hat.

Als letzten Punkt wünsche ich mir Ehrenamtsförderung. Es ist ein enormer Umbruch auch im Ehrenamt festzustellen. Ich bin hier ehrenamtlich, ich habe mir heute freigegeben. Das ist auch alles in Ordnung. Aber, demografisch bedingt, erleben wir große Veränderungen, und die, glaube ich, sollte man berücksichtigen. Und das gehört auch zur sozialen Nachhaltigkeit.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt in die dritte Runde. Ich schaue wieder zu Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kaiser, bitte.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wende mich noch mal an Frau Rybicki. Und zwar lässt sich an den Studien und all den Dingen, die vorliegen, auch wenn es weiterhin notwendig ist, in vielen Bereichen zu forschen, auch

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

über Kreuz zu forschen und zu verbinden, erkennen, wie gerade dargestellt wurde: Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Wir müssen ins Handeln kommen, um die Ziele – das haben Sie gerade auch gesagt –, die eigentlich bis 2030 erfüllt sein sollten, umzusetzen und zu erreichen, auch wenn wir hier in Deutschland, sicherlich auch in NRW nicht den schlechtesten Stand aufweisen, sondern schon in manchen Punkten ganz gut da stehen.

Was – würden Sie sagen – sind gute Rahmenbedingungen, sei es nun in Anreiz- oder Fördersystemen für Kommunen, für Akteure, meinetwegen auch für Unternehmen, um die Ziele bis 2030, die SDGs, auch in ihrer Widersprüchlichkeit, dennoch zu erreichen und den Weg zu gehen, global nachhaltige Kommune, global nachhaltige Stadt, global nachhaltiges Land zu werden? – Danke.

Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW): Ich stimme auf jeden Fall zu, dass uns in vielen Bereichen nicht das Wissen fehlt, sondern wir in die wirkliche Umsetzung gehen müssen. Dazu hatte auch Herr Fishedick seine Expertise heute abgegeben.

Mit Blick auf die Kommunen wird deutlich, dass durch die Vielfältigkeit des Themas der nachhaltigen Entwicklung, aber auch der schon angesprochenen Zielkonflikte ein integriertes kommunales und wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement nötig ist, um dieses Thema ganzheitlich anzugehen und im Kerngeschäft der Kommunen zu verankern. Ich glaube, uns ist allen bewusst, dass es nicht darum geht, Nachhaltigkeit zusätzlich zu dem, was sowieso alles schon in den Kommunen passieren muss, auf Landesebene zu verankern, sondern dass wir ins Kerngeschäft, in die Kerntätigkeit sowohl der Kommunen als auch der Landesregierung rein müssen und diese nachhaltig ausrichten müssen. Und dafür braucht es ein wirkungsorientiertes Management dieser Prozesse.

Als LAG 21 NRW sind wir schon lange, gerade auf kommunaler Ebene unterwegs, um diese Prozesskette der Nachhaltigkeit, also die Nachhaltigkeitsstrategien, Nachhaltigkeitsberichte und den auch schon angesprochenen Nachhaltigkeitshaushalt mit den Kommunen zu verankern, um integrierte Lösungen zu finden, das Ganze entsprechend finanziell zu verankern, mit Umsetzungsmaßnahmen und Umsetzungsplänen zu verbinden und gleichzeitig zu evaluieren: Wo stehen wir eigentlich in unserem Strategieprozess im Rahmen der Berichterstattung? Das ist für die Kommunen auf jeden Fall ein guter und wichtiger Weg.

Gleichzeitig braucht es natürlich die Rahmenbedingungen auf Landesebene. Da sehen wir beispielsweise in Anreiz- und Fördersystemen, die mit Nachhaltigkeitskriterien verknüpft werden, ein gutes Instrument, um auch das bestehende Engagement zu fördern, weil auch das Engagement der Kommunen bisher nicht ausreicht, um die Ziele zu erreichen. Aus der kommunalen Gemeinschaft wird immer wieder gespiegelt, dass vermehrter Austauschbedarf und Wissenstransfer nötig ist. Man muss stärker in den Austausch miteinander kommen, um die Umsetzung zu stärken, auch im Verbund der Kommunen, und voneinander zu lernen – im Austausch von Good-Practice-Ansätzen

beispielsweise –, sodass nicht immer alles neu erfunden werden muss. Das wären so Punkte.

Mit Blick auf die Landesebene geht es darum, diesen Hebel der Finanzen zu nutzen, also hier auf Landesebene zu schauen: Wie können Nachhaltigkeitsziele mit dem Haushalt verknüpft werden? Wie können verbindliche Nachhaltigkeitskriterien in Anlagerichtlinien verankert werden? Oder auch: Wie kann bei der NRW.Bank die entsprechende Ausrichtung gestärkt werden? Das wären, glaube ich, wichtige Rahmenbedingungen.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Da kann ich wunderbar anknüpfen, aber jetzt nicht bezogen auf das Fördergeschehen. Wir sind seitens der öffentlichen Hand auch große Auftraggeber. Ich richte meine Frage an Herrn Professor Hennecke, weil er einen kleinen Ansatz in seiner Ausführung mit drin hatte.

Wir sind ja, wie gesagt, auch große Auftraggeber. Wenn ich mir die Vergabestatistik des Bundes anschau, dann darf ich feststellen, dass gerade mal 10 %, 12 % der Vergaben Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Wenn ich dann da reinschau, dann betrifft das zu 60 % den Baubereich, aber den Dienstleistungsbereich so gut wie gar nicht. Jetzt sagen Sie – zu Recht, insbesondere auch mit Blick auf die Kommunen –, das Ganze muss ja irgendwo handelbar sein, einfach sein. Können Sie mir da Ihren Ansatz, den Sie da ausgeführt haben, noch einmal erläutern und darstellen, wie man dahin kommt, dass man auf der einen Seite Nachhaltigkeitskriterien bei den Vergaben berücksichtigt, es auf der anderen Seite aber so macht, dass sowohl Sie als Auftragnehmer wie auch die Kommunen – ich bin seit 35 Jahren Kommunalpolitiker in einer 18.000-er Gemeinde und sehe auch die Zwänge, die dann da sind, wenn man all diesen Ansprüchen gerecht wird – dem gerecht werden können?

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke (Handwerk.NRW): Es ist so, am Ende müssen beide Seiten glücklich sein: die Kommune oder das Land, das den Auftrag vergibt, und der Auftragnehmer, der das ausführt. Das ist ein Thema, das nicht auf meinen Mist gewachsen ist, sondern wir haben da gerade im Rahmen der Clearingstelle „Mittelstand“ einen Prozess.

Wir haben neuerdings auch die Möglichkeit, uns Bestandsnormen unter Betreuung der Landesregierung anzugucken. Da ist ein Themenfeld das Vergaberecht. Da spielt die Frage eine Rolle, wie wir Nachhaltigkeit ins Vergaberecht reinbringen. Wenn man sich das anschaut und sich auch einmal die aktuelle Landesstrategie anschaut, dann stellt man fest: Das Vergaberecht ist eines der konkretesten Bereiche, in denen das Land selber was tun kann, abgesehen von Einzelprojekten. Es ist wirklich ein Kernpunkt, an dem das Land aktiv werden kann.

Unsere Erfahrung ist, dass es wichtig ist, die Nachhaltigkeit an dem Produkt, an der Leistung zu messen, um die es geht, und nicht an den Eigenschaften, die ein Unternehmen oder ein Anbieter hat. Dahinter steckt nämlich das große Problem der Zertifizierung von Nachhaltigkeit. Da erleben wir gerade über die Finanzmarktregulierungen und andere Bereiche zunehmend Zugriff auf den Mittelstand, zumindest indirekt. Es ist

extrem schwierig für kleine und mittlere Unternehmen, Zertifizierungsanforderungen, wie sie für kapitalgeführte und kapitalmarktnotierte Unternehmen gefordert werden, einzuhalten.

Wir haben sogar das Problem, dass mittlerweile diese Anforderungen im Bereich Nachhaltigkeit, zum Beispiel Lieferketten, weitergereicht werden an Subunternehmer. Der Caterer, der für großes Unternehmen etwas zuliefert, das selber diesen Zertifizierungen unterliegt, wird selber mit in Haftung genommen, muss auch die Anforderungen erfüllen können/sollen, die ein großes Unternehmen erfüllen muss. Und das geht in die falsche Richtung.

Wenn man das im Vergaberecht anwenden würde, würde das bedeuten, dass die Kommunen faktisch keine Angebote mehr bekommen würden. Das heißt, alles, was man an Zertifizierungspflichten entwickelt, muss so angelegt werden, dass es auch für kleine und mittlere Unternehmen handhabbar ist. Deswegen ist es am besten, das an die konkrete Leistung, die erbracht wird, anzuknüpfen und die zu überprüfen. Da sind wir beim Thema „Kreislaufwirtschaft“, beim „Bauen“ und „Energieeffizienz von Bauwerken“ und all diesen konkreten Fragen, aber nicht bei der Frage, ob das einzelne Unternehmen eine Nachhaltigkeitseigenschaft hat. Das nachzuweisen, ist extrem schwierig.

Dann haben wir erstens das Problem, dass solche Systeme, die es zum Teil gibt, sehr aufwändig sind. Wir im Handwerk haben ein System, mit dem man Unternehmen untersuchen kann. Das Problem ist aber zweitens auch, dass wir im Grunde verschiedene und zum Teil kollidierende Nachhaltigkeitserwartungen in der Regulatorik haben. Wir haben im Augenblick eine stark von der Finanzmarktregulierung getriebene Regulatorik. Wir werden möglicherweise in drei, vier Jahren eine soziale Taxonomie haben, die noch mal ganz andere Fässer aufmacht, wo man sich dann auf einmal fragt, warum bei einer Gebäudereinigung so viele Teilzeitbeschäftigte und keine Vollzeitbeschäftigten arbeiten. Das würde auf einmal ein riesiges Problem werden, obwohl Arbeitgeber und Arbeitnehmer das haben wollen. Das zeigt – Appell: auf die Leistung gucken, nicht auf das Unternehmen!

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde das gerne intensivieren und meine Frage auch an Herrn Professor Hennecke richten. Wenn Sie da noch mal weiter ausführen könnten, warum Ihrer Meinung nach ein Problem in der Regulierung der Nachhaltigkeit besteht. – Danke.

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke (Handwerk.NRW): Es gibt natürlich verschiedene Arten der Regulatorik. Herr Fishedick hatte ganz zu Beginn schon einige Probleme aufgeworfen. Die Frage ist: Welche Kriterien kann man definieren? Sind sie messbar? Bestehen Zielkonflikte zwischen messbaren Kriterien?

Wir haben zum Teil Unterschiede zwischen Zielen und Instrumenten. Es mag sein, dass man ein Ziel in sich kohärent beschreiben kann. Wenn die Politik möglicherweise einzelne Instrumente zur Erreichung dieses Ziels definiert, können dadurch sehr wohl Konflikte innerhalb des Ziels oder zu anderen Zielen auftreten. Deswegen wäre es im Grunde wichtig, dass die Politik versucht, die Ziele zu bestimmen, idealerweise möglichst

marktwirtschaftliche Instrumente nutzt, damit die Betroffenen, die Adressaten der Norm, dann eigene Lösungswege finden können, um diese Ziele zu erreichen.

Das heißt, man redet dann zum Beispiel über die CO₂-Bepreisung, über Emissionshandel. Der Lösungsweg, wie man diese Kosten vermeidet, bleibt aber dem Einzelnen überlassen. Das hat den Vorteil, dass man Innovationskorridore offenhält. Auch wenn die Politik einzelne Instrumente vorgibt – jetzt könnten wir lange über das Heizungsgesetz aus Berlin reden –, wenn da konkrete, einzelne technologische Antworten, die wir jetzt kennen, gegeben werden, um eine Zielerreichung in 15 oder 20 Jahren vorzugeben, dann können wir sicher sein, dass die Politik und auch die Akteure jetzt noch gar nicht wissen, mit welchen Instrumenten wir in zehn, 15 Jahren diese Ziele erreichen können. Das heißt, die Offenheit dieser Lösungen ist ganz wichtig. Man sollte deswegen also kein angemessenes Wissen vortäuschen über Lösungen, die wir noch gar nicht kennen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Herr Fishedick hat das eben mit dem Begriff „SMART“ umschrieben. Ich kann das alles unterstützen. Im Grunde braucht man bei vielen Fragestellungen auch Verständnis für die ordnungspolitischen Zusammenhänge. Wir haben hier jetzt alle intuitiv sehr stark über ökologische Fragen gesprochen oder die im Hinterkopf gehabt.

Aber wenn wir die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen nehmen, dann reden wir auf einmal über die Fragen „Wettbewerbsfähigkeit“, „Vollbeschäftigung“ und „soziale Ungleichheit“. Wie bringt man das alles zusammen? Das wird man nicht zusammenbringen, indem man einzelne dieser Ziele verfolgt. Man muss verstehen, wie durch bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen Wechselwirkungen entstehen. Das hat Herr Fishedick eben auch angesprochen: Wir müssen die Interdependenz und auch die Folgen eines Instruments, die man gar nicht plant, auch mit eindenken können.

Das setzt voraus, dass man ordnungspolitisch versteht, wie solche Instrumente wirken, damit man diesen Wirkungszusammenhang versteht. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend. Gerade in den wirtschafts- und sozialpolitischen Themen steckt sehr viel problematischer Sprengstoff auch drin. Vollbeschäftigung, Inflation, Staatsverschuldung und so weiter hat man ja zu Recht in vielen Parteien zu diskutieren.

Zacharias Schalley (AfD): Meine nächste Frage richtet sich an Herrn Hertzke. Wir haben schon einiges gehört über Zielkonflikte im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele. Wie bewerten Sie im Rahmen des BUND diese inhärent angelegten Widersprüche, beispielsweise beim Zielkonflikt „Artenschutz“ und „Ausbau erneuerbarer Energien“, und welchen Nachhaltigkeitszielen geben Sie in diesem Komplex den Vorrang?

Achim Hertzke (BUND NRW): Das gehört zu einem anderen Thema für mich, was auch Kommunikation und Vernetzung betrifft. Wir – ich kann Ihnen da Positionen nennen – arbeiten damit innerhalb des Verbandes. Wir sind so groß, dass wir Zielkonflikte, Themen, auch mit Personen verbunden, im eigenen Verband haben. Das ist genau das, was Sie sagten.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Artenschutz, letzte Stellungnahme, die wir dazu erarbeitet haben: Wie ist es mit Windkraft im Wald? Hoch umstritten. Aber wir stellen uns dem. Wir kommen dann zu einer demokratisch legitimierten Position, die auch veröffentlicht wird.

Ich kann im Vorhinein nie sagen, weil es ein demokratischer Prozess ist, was dort Vorrang hat. Wenn Sie unseren Namen sehen: Der beinhaltet bewusst Natur- und Umweltschutz. Da sehen Sie schon im Namen widerstreitende Themen.

René Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich weiche mal von dem ab, was ich mir im Vorfeld an Fragen aufgeschrieben habe, weil ich merke, dass die Diskussion ein bisschen hin- und hergeht. Es sind sich, glaube ich, alle einig in der Bewertung, dass wir eine ganze Menge Ziele auflisten, eine ganze Menge Hebel auch haben, die man verschiedentlich zieht. Ich habe mitgeschrieben: Interdependenzen, die klar werden, die man nicht wirklich mitdenkt, Zielkonflikte, die man vielleicht noch benennt, aber sie in der Nachhaltigkeitsstrategie nicht löst.

Ich frage mich immer mehr – und damit auch Frau Rybicki von der LAG 21 –, ob Sie denken, dass diese Nachhaltigkeitsstrategie das nicht schon einmal mit durchdenken muss und nicht einfach alles reinschmeißt. Ich habe es verschiedentlich auch gelesen. Alles, was drin steht, ist super, aber die Zielerreichung ist so eine Frage. Es reicht also nicht, ein wildes „Wünsch-dir-was“ zu machen und dann aber einzelne Punkte, wie wir es gehört haben – ob das die Windkraft ist, ob es die Frage ist, ob wir noch Kies und Sand abbauen oder nicht oder eher zirkulär arbeiten –, im Grunde genommen also die Widerhaken zu benennen.

Jetzt sind wir im Land in einer Konstellation, in der gerade CDU und Grüne das Sagen haben. Müssen wir nicht innerkoalitionär absichten und sagen, wir schmeißen nicht unser beider Richtungen da rein und gucken mal, wie das freie Spiel der Kräfte ausgeht, sondern wir tragen das schon vorher aus und das Ergebnis ein in einen Antrag, in eine Nachhaltigkeitsstrategie, die nicht mehr behindert wird durch beispielsweise innerkoalitionäre Streitigkeiten?

Wäre das etwas, wo Sie als Praktikerin sagen: Das wäre bei „Wünsch-dir-was“ ganz oben?

Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW): Vielen Dank für die Frage. Wir haben, glaube ich, genug über die bestehenden Zielkonflikte und Synergien gesprochen. Die müssen definitiv in einer Nachhaltigkeitsstrategie viel stärker thematisiert, adressiert werden, um Möglichkeiten der Synergien zu nutzen und diese Widersprüche, die bestehen, anzugehen und dann auch politisch zu lösen. Grundsätzlich ist das etwas, was in die Nachhaltigkeitsstrategie reingehört.

Ich würde mich trotzdem sehr dafür aussprechen, diese Nachhaltigkeitsstrategie als einen legislaturübergreifenden Prozess zu verstehen, und dass man da, wo es wirklich zu Konfliktslagen kommt, das politisch im Diskurs löst. Aber es sollte ganz klar angesprochen werden. Wenn es zu Lösungen kommt, sollte es in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie auch aufgegriffen werden.

Was uns in dem Zusammenhang auch ein Anliegen wäre, ist, diesen politischen Diskurs durch effiziente und politische Aushandlungsprozesse zu stärken, indem ein parlamentarischer Beirat zur nachhaltigen Entwicklung eingesetzt wird, der parlamentarisch begleitet, was in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie passiert, der insbesondere, wenn es um Fortentwicklung, Ziele und Indikatoren geht, hier eine Wächterfunktion innehat und so eine stärkere politische Begleitung der Strategie stattfinden kann, um genau solche Aushandlungsprozesse zu den Zielkonflikten zu begleiten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann schließe ich die dritte Frageunde. Wir fangen die vierte Frageunde an. Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne Herrn Professor Fishedick fragen. Sie überblicken das Thema auch seit mehreren Jahrzehnten. Ihrem Beitrag konnte ich so eine gewisse Ungeduld entnehmen. Ich würde Sie gerne bitten, dass Sie mir sagen, welche der Nachhaltigkeitsdimensionen – ökologische, ökonomische und soziale Dimension – aus Ihrer Sicht der Haupttreiber dafür ist, dass Sie glauben, wir müssen schneller werden, und wie Sie mehr Verbindlichkeit schaffen wollen.

Ich würde sagen, in den letzten drei Jahrzehnten gab es viel schönes Wollen. Aber es blieb immer sehr beliebig. Wie – und das klingt in Ihrer Stellungnahme auch an – wollen Sie die Verbindlichkeit durchsetzen, und was würden Sie da priorisieren? Was sollten wir tun?

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank für die Frage. Da neige ich dazu, eher drei Stunden als drei Minuten zu antworten. Aber ich fange mal oben an.

Wir haben heute schon diesen Begriff der planetaren Grenzen gehört und gesehen, dass wir heute dabei sind, die planetaren Grenzen systematisch in vielen Bereichen zu überschreiten. Insofern ist das etwas, wo der Handlungsdruck besonders groß ist, ob das jetzt die Biodiversität ist oder ob das der Klimaschutzbereich ist, ob es wie in vielen Bereichen der Eintrag von Schadstoffen in die Böden ist. Da ist der Handlungsdruck nach wie vor sehr groß, weil wir die planetaren Grenzen deutlich überschritten haben.

Der zweite Teil der Ungeduld kommt aus dem, was wir gerade besprochen haben, dass die Ziele, die formuliert worden sind, nebeneinandergestellt worden sind und die Interaktionen, die Wechselwirkungen untereinander damit überhaupt nicht diskutiert werden. Das führt dazu, dass da, wo man einen Schritt nach vorne machen will, diese Konflikte tatsächlich auftreten. Dann gehen die Diskussionen los, dann verlieren wir Zeit. Insofern braucht es, glaube ich, etwas, was mehrfach gerade betont worden ist, nämlich eine sehr solide Wechselwirkung, solange zwischen den Zielen in hohem Maße Transparenz- und Zielkonflikte sind. Wie wir in die Problemverlagerung reinkommen, das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt als Ausgangspunkt für die Frage, wie wir das Ganze verbindlich umsetzen.

Auch da klang schon einiges an. Es gibt die offene Diskussion, Nachhaltigkeit als Staatsziel in der Verfassung zu verankern, wie das in Hessen beispielsweise der Fall ist. Auch in vielen anderen europäischen Ländern ist die Nachhaltigkeit im Sinne der Verfassung ein ganz anderes Gut, als das in Deutschland der Fall ist. In Frankreich beispielsweise, mit einer sehr starken Orientierung an Nachhaltigkeitsaspekten, steht es schon in der Verfassung. Das wäre sicherlich ein übergeordneter Orientierungsrahmen, um ein Stück weit mehr Verbindlichkeit hinzubekommen.

Zum Zweiten ist in einer Nachhaltigkeitsstrategie klarer zu machen, wer denn für potenzielle Zielverfehlungen jeweils verantwortlich ist. Jetzt gehe ich von der nordrhein-westfälischen Ebene kurz weg auf die Bundesebene. Was dort gerade passiert, ist nämlich genau das Gegenteil, dass man Sektorziele im Klimaschutzbereich verankert hat und auch klar zugeordnet hat, wer dafür verantwortlich ist; wenn diese Sektorziele aber nicht erreicht werden, versucht man plötzlich, sie aufzuheben, zumindest sie aber zu verwässern. Das sind aber genau die Instrumente, wo ich Ross und Reiter nennen kann, wenn ich hier Zielverfehlungen habe. Dann ist derjenige oder das Ministerium auch primär verantwortlich, darüber nachzudenken, mit welchen Zusatzmaßnahmen man wieder auf den Zielkorridor zukommen kann.

Also dieses Verbindlich-Machen, „wer ist verantwortlich?“, wenn bestimmte Zieldimensionen nicht erreicht werden, ist, glaube ich, ein Stück weit auch dadurch operationalisierbar, dass man solche Ziele, die man sich (akustisch unverständlich) ... Da läuft auf der Bundesebene etwas in die falsche Richtung.

Der dritte Punkt – es gibt einen vierten, wenn ich die halbe Minute noch Zeit habe –: Ganz wichtig ist es, die soziale Frage in den Blick zu nehmen. Es kommt sehr viel in Schiefelage, wenn die soziale Frage als Wurmfortsatz gesehen wird und Implikationen nicht mitgedacht werden. Sie ist von vornherein einzubetten in eine Nachhaltigkeitsstrategie. Ich glaube, das ist auch ganz entscheidend. Auch dadurch rückt eine Verbindlichkeit und eine Zielgeschwindigkeit zunehmend aus dem Blick.

Die vierte Dimension behalte ich mir für die nächste Antwort vor.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr nett von Ihnen. Ich glaube, die wird gleich noch mal abgefragt werden. – Herr Dr. Nolten, bitte sehr.

Dr. Ralf Nolten (CDU): In den Eingangsstatements gab es mehrfach den Hinweis: Wir brauchen Operationalisierung von diesen doch sehr globalen Zielen. Jetzt habe ich in der Stellungnahme vom BUND, Herr Hertzke, den Hinweis gelesen: „Das auf kommunaler Ebene schon lange eingeführte ‚Neue Finanzmanagement‘ sollte schon aus Gründen der Wirkungsverzahnung auch auf Landesebene implementiert werden.“ Punkt.

Jetzt bin ich einer von denjenigen, die vor 20 Jahren mit großer Freude in das NKF eingestiegen sind, weil ich den kameralistischen Haushalt auch nicht mehr wollte. Mich interessierte nicht, wie viele Euro – oder vorher noch DM – die einzelne Kommune an Büchern, Zeitschriften im jeweiligen Amt ausgegeben hat. Wenn ich heute die Haus-

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

halte in die Hand nehme – Frau Drees, Sie dürfen gleich gerne widersprechen, ich richte die Frage aber an Frau Dr. Witte, ich komme gleich noch mal auf Sie zu, weil die Schnittstelle mich auch interessiert –, wenn ich heute reinschaue, dann sehe ich relativ wenig an Zielformulierungen. Ich sehe ziemlich wenig an Kennziffern und so weiter, das, was ich eigentlich erwartet habe.

Jetzt die Frage an Sie, Frau Dr. Witte: Was ist der bessere Ansatz? Hinzugehen, wie es hier auch im Land gemacht wird, und zu sagen: Ich nehme eine Musterbehörde „LANUV“ und sage dann anschließend, ihr nehmt das als Best-Practice-Beispiel nachher, so es denn best practice ist, auch da ist man ja auf dem Weg zu sagen: Ich nehme so eine Institution und versuche, das nachher zu übertragen.

Ist es nicht sinnvoller und auch für viele andere Bereiche sehr viel zuträglicher zu sagen: Ich nehme mir die kommunalen Haushalte vor und mache Produkt für Produkt auf der Grundlage der gesetzlichen Grundlagen, die ich zum Handeln habe, der verschiedenen Optionen, die mir die gesetzlichen Grundlagen bieten, einen entsprechenden Katalog, um klar vorzugeben: Das sind die Ziele. Dann kann ich auch sagen: Das und das sind meine Kennziffern, an denen arbeite ich mich ab. Wie würden Sie vorgehen?

Die Bertelsmann Stiftung ist nun einmal die Stiftung, auf die sehr viele Kommunen gucken. Ich weiß nicht, in wie vielen kommunalen Debatten im Kreistag und auf der kommunalen Ebene ich den Hinweis gekriegt habe, „die Bertelsmann Stiftung hat ermittelt“. Wie würden Sie vorgehen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Frau Dr. Witte. Wie würden Sie vorgehen?

Dr. Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung, Zentrum für Nachhaltige Kommunen): Vielen Dank. Zunächst mal darf ich das Lob weitergeben. Die LAG 21 beispielsweise macht schon seit Langem solche Prozesse in Kommunen. Was wir aber überall feststellen, nicht nur in NRW, ist, dass es viel zu wenig Kommunen gibt, die bisher tatsächlich einen Nachhaltigkeitshaushalt aufgestellt haben, weil das sehr umständlich ist.

Sie haben das Fass relativ groß aufgemacht. Ich bin überzeugte Anhängerin der Doppik, auf jeden Fall. Ich finde es absolut richtig, dass die Kommunen das eingeführt haben. Man würde sich wünschen, dass die Länder das auch tun, und zwar nicht nur in Behörden, sondern insgesamt, damit man unterscheiden kann zwischen Konsum- und Investitionsausgaben mit allen Schwächen, die das auch hat; beispielsweise dass Bildung gar keine Investition ist nach doppischen Kategorien. Aber trotzdem ist die Doppik natürlich tausendmal besser als die Kameralistik.

Was man in den Kommunen feststellt, gerade in kleineren Kommunen, ist, dass sie die Chancen der Doppik überhaupt nicht nutzen. Es ist richtig, dass viele Kommunen überhaupt keine Ziele und Kennzahlen hinterlegt haben, obwohl es eigentlich eine Pflichtaufgabe ist, das zu tun. Ich sprach eben das Beispiel Hessen an. Die haben versucht, die Nachhaltigkeit durch die Hintertür in die Kommunen zu bringen, indem sie die Chance, den Kommunen sagen zu können, ihr müsst da mal Ziele und Kenn-

zahlen hinterlegen, mit dem Bonbon versüßt haben, dass sie gesagt haben: Hier ist ein Indikatorenkatalog, den haben Spitzenverbände, LAG 21, Bertelsmann Stiftung zusammen entwickelt. Nehmt den doch einfach! Wir sagen euch sogar noch, welchen Indikator ihr welchem Produkt zuordnen müsst – mit dem Ziel, zum einen Monitoring zu machen – das sagte ich eben –, aber vor allem diese Ziele einmal im Haushalt zu verankern, auch Zielkonflikte dadurch klarzumachen und die Steuerungsmöglichkeit, die so ein Haushalt hat, zu nutzen.

Wir haben eben auch die Frage diskutiert: Inwieweit ist es sinnvoll, die Beschaffung nachhaltiger zu machen und den Haushalt als Instrument zu nutzen? Da muss man in der Tat sagen: Wenn man bei dem, was das Land ausgibt, was die Kommunen in der Summe an Investitionen und an Konsumausgaben ausgeben, allein schon mal schaut, ob sie das in einer nachhaltigen Art und Weise machen – da muss nicht immer gleich Geld draufkommen –, dann könnte man allein diese Gelder entsprechend steuern. Mein kommunales Lieblingsbeispiel ist immer der Holzständerbau einer Schule. Der mag ein bisschen teurer sein als Beton. Aber man hat diese Aufgabe dann umgelenkt und kann anhand von Indikatoren nachvollziehen, wo die Kommune da steht.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn man gerade beim Haushalt mehr ansetzt, wenn man die Chancen einer doppelten Haushaltsführung auf kommunaler Ebene, prinzipiell auch auf Landesebene, nutzen würde. Ich glaube, es ist gar nicht so schwierig, da den ersten Schritt zu machen. Ein elaborierter Nachhaltigkeitshaushalt, dem eine Strategie zugrunde liegt, ist schon relativ kompliziert, voraussetzungsreich. Leider kann die LAG 21 nicht überall sein. Aber wir brauchen da auch mehr Tempo in dem Sinne, dass es jetzt nicht mehr reicht, nur Modellkommunen zu haben. Wir müssen da wirklich mehr Fläche bekommen, wobei – ein Halbsatz noch – NRW das Glück hat, relativ große Kommunen zu haben. Andere Länder haben da noch größere Probleme.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Pastoors, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in dem Antrag zu kurz kommt. Das setzt sich ja insofern leider fort, da die Mittel für BNE im Haushaltsplan für 24 auch gekürzt wurden.

Deshalb: Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht deutlich machen könnten, welche Bedeutung Bildung für nachhaltige Entwicklung aus Ihrer Sicht hat? – Danke.

Dr. Sven Pastoors (20-Fünfig, Agentur für nachhaltige Zukunft): Vielen Dank für die Frage. Ähnlich, wie wir das vorher für die Kommunen besprochen haben, wo das Thema „Finanzen“ ein sehr scharfes Schwert ist, ist es, wenn es um Kommunikation geht, wenn es darum geht, die Bürger mitzunehmen, Verständnis für die Maßnahmen zu schaffen – wir reden bei Nachhaltigkeit im Umweltbereich häufig von sehr komplexen Zusammenhängen, die auch erstmal vermittelt werden müssen –, natürlich wichtig, dass das so früh wie möglich geschieht, dass das in möglichst vielen Fächern geschieht; dass es jetzt nicht etwas ist, was vielleicht nur im Politikunterricht oder nur im Biologieunterricht stattfindet. Die Interdisziplinarität des Themas erfordert, dass es in

möglichst vielen Fächern an möglichst vielen Beispielen angedockt wird. Entsprechend ist BNE ein ganz entscheidendes Thema, um junge Menschen mitzunehmen.

Anfang der Woche kam eine Studie heraus, die gezeigt hat, dass viele junge Menschen nicht, wie andere erwarten, von Fridays for Future infiziert sind und dass die gesamte junge Generation jetzt freudestrahlend Umweltschutzmaßnahmen unterstützt, sondern dass es auch viele unter den jungen Menschen gibt, die dem kritisch gegenüberstehen. Das würde ich jetzt nicht als Zeichen dafür nehmen, dass die Maßnahmen an sich schlecht sind, wie das einige Parteien tun, sondern ich würde eher sagen, dass wir an der Stelle versagt haben, die jungen Menschen entsprechend mitzunehmen und den jungen Menschen zu kommunizieren, warum bestimmte Maßnahmen für sie auch wichtig sind.

Das ist ein Punkt, der mir zu kurz kommt. Wir haben jetzt sehr viel über Regulatorik oder über Kosten gesprochen, die für nachhaltige Maßnahmen entstehen. Aber eigentlich müsste man permanent kommunizieren, welche Folgekosten entstehen, wenn wir bestimmte Maßnahmen nicht ergreifen. Also: Was passiert, wenn bestimmte Umweltschutzmaßnahmen nicht ergriffen werden? Was passiert, wenn zum Beispiel im Rahmen der Biodiversität bestimmte Pflanzen, bestimmte Tierarten aussterben? Was sind die wirtschaftlichen Kosten davon? Was sind die sozialen Kosten davon?

Entsprechend wäre es hier wichtig zu sagen: Wir versuchen, die jungen Menschen möglichst gut auf die Zukunft vorzubereiten einerseits, indem wir ihnen die komplexen Zusammenhänge aus dem Bereich der Nachhaltigkeit vermitteln, indem wir ihnen auch sowas wie Klimaresistenz vermitteln, dass wir sie fit machen für die nachhaltige Transformation von Unternehmen. Denn das ist genau das, was die Unternehmen auch brauchen. Die brauchen junge Mitarbeiter, die fit sind und auch entsprechende Veränderungen im Bereich hin zu nachhaltigerem Wirtschaften mittragen. Und darauf müssen wir die jungen Menschen heute so früh wie möglich vorbereiten.

René Schneider (SPD): Da vergeht die Zeit wie im Flug. Vielen herzlichen Dank. Die nächste Frage geht an das Wuppertal Institut, an den Sachverständigen zu meiner Linken.

Sie verweisen in Ihrer Stellungnahme auf den „Sustainability Report“ von 2023 und auf fünf Handlungsbereiche, die da als defizitär ausgemacht sind. Die Frage, die jetzt naheliegend ist, lautet, ob diese Handlungsbereiche, die da identifiziert werden, die auch der Report deutlich macht, im vorliegenden Antrag ausreichend gewürdigt sind? Oder würden Sie sagen, in diesen fünf Bereichen müsste noch mehr Pressure kommen?

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank für die Frage und für die Steilvorlage, diese fünf Handlungsbereiche auch noch einmal zu nennen, weil sie tatsächlich einen guten Orientierungsrahmen bilden nicht nur für die Nachhaltigkeitsstrategie auf der Landesebene, sondern auch auf der Bundesebene.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Das eine haben wir schon heute besprochen in dieser Runde. Das ist die auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Governance, also die politischen Rahmenbedingungen, wenn man so will. Das Zweite klang zumindest in Nebensätzen immer wieder an, die nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaft und auch Nutzen der Hebelwirkung der Finanzwirtschaft. Auch das ist ganz wichtig als Handlungspunkt. Individuelle und gemeinschaftliche Aktionen sind ein drittes Handlungsfeld, dann ein verstärkter Beitrag der Wissenschaft und last, but not least Capacity Building.

Alle Bereiche werden zumindest direkt, zum Teil auch indirekt im Antrag angesprochen. Der Antrag besteht nur aus vier Seiten. Die Punkte, die Sie als Handlungserfordernisse aufgreifen, umfassen nur eine Seite. Da kann nicht alles in epischer Breite dargestellt werden. Aber im Grunde werden zumindest alle Punkte angesprochen. Jetzt geht es darum, sie ein Stück weit zu vertiefen.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Das ist das Capacity Building. Ich glaube, das, was wir brauchen, ist eine viel zielgruppenspezifischere Kommunikation dessen, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen. BNE ist ein Punkt, der gerade angesprochen worden ist. Wir haben nicht nur die jungen Menschen, wir haben auch die Unternehmen. Wir haben die Kommunen, die adressiert worden sind. Wir haben unterschiedliche Akteursgruppen. Die müssen wir zielgruppenspezifisch, glaube ich, ansprechen und auch zielgruppenspezifisch Kommunikationselemente und Formate entwickeln. Das ist meines Erachtens entscheidend, um die Nachhaltigkeitsstrategie zu einer Gemeinschaftsaufgabe zu machen, so will ich es mal formulieren.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie ist nur dann wirklich in der Lage, umgesetzt zu werden, wenn sie nicht nur eine Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung ist, sondern sie wirklich zur Gemeinschaftsaufgabe wird. Und da werden kommunikative Formate extrem wichtig sein, um die Menschen mitzunehmen, um sie auch zu befähigen, sich nachhaltig zu verhalten, sie zu motivieren, sich nachhaltig zu verhalten. Das machen Sie am besten dadurch, dass Sie Nachhaltigkeit anders, als das bisher zum Teil der Fall gewesen ist, stärker positiv konnotieren – nicht nur die negativen Dinge herausheben, nicht nur das, was als Bürde betrachtet werden kann, herausheben, sondern tatsächlich versuchen, über die Kommunikation positive Elemente, positive Narrative zu verbreiten, um diese Mitmachkultur zu implementieren. Ich glaube, da kann man noch einiges mehr machen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Ich möchte einen Punkt – ich glaube, Herr Pastoors hat es gesagt – noch mal sehr stark hervorheben, weil das für die kommunikative Ebene sehr wichtig ist, nämlich den Referenzpunkt klarzumachen. Wenn man sich die gesellschaftliche oder politische Diskussion anguckt, dann hat man häufig das Gefühl, als Referenzpunkt wird der Status quo genommen. Das ist aber nicht der richtige Referenzpunkt. Der Referenzpunkt ist eine sich verändernde Welt mit Klimaveränderungen, die – das haben wir in diesem Jahr leidvoll erleben müssen – zu extremen volkswirtschaftlichen Schäden führen, zu extremen Schäden an Menschen und Infrastrukturen. Das ist der Referenzpunkt, aber auch ein Verlust von Biodiversität, auch ausgedrückt in Kosten und Dingen, die man nicht mehr zurückholen kann. Es ist eine wichtige Aufgabe der Kommunikation, das deutlich zu machen: Referenzpunkt ist nicht der Status quo.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Professor. – Dann fangen wir die fünfte Runde an mit Herrn Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne an eine Frage von Herrn Schneider anknüpfen zur Ernährung, und zwar würde ich die Frage an die Verbraucherzentrale richten. Herr Schneider hat die Ernährungsarmut in den Vordergrund gestellt. Wir haben bei vielen Themen hier schon mitbekommen: Es gibt unterschiedlichste Dimensionen. Das ist bei Ernährung auch der Fall. Ich würde Sie gern bitten, noch weiter zum Thema „Ernährung“ auszuführen, was das Land tun sollte, weil die Ernährung am Ende auch die Grundlage allen menschlichen Tuns ist. Ohne Ernährung machen wir gar nichts.

Frank Waskow (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Danke für die Frage. Ich glaube, ein gutes Beispiel ist die Überschrift „Nachhaltige Ernährung“, die wir in der Ernährungsstrategie finden. Eigentlich steht die da ziemlich alleine. Wenn man mal genauer sucht, was Indikatoren oder Möglichkeiten sind, einen Schritt weiterzukommen, dann haben wir da zwei Dinge, nämlich einmal die Reduzierung von Lebensmittelabfällen und zum anderen die Erhöhung des Bioanteils.

Wenn man sich das nun ganz genau anguckt, dann macht das noch lange keine nachhaltige Ernährung aus. Das ist ein klein bisschen Drehen in der Landwirtschaft über Erhöhung des Bioanteils. Die Reduzierung der Lebensmittelabfälle – das wissen wir alle – kommt im Augenblick überhaupt nicht voran, weil wir noch nicht mal eine Datenbasis haben. Also da steckt es fest.

Ich glaube, wir haben noch einen extremen Nachholbedarf zu gucken, was nachhaltige Ernährungswirtschaft und nachhaltige Ernährungsstile eigentlich heißen. Das ist vor allen Dingen deswegen so wichtig, weil das den Bürgern ein ganz wichtiges Thema ist. Das ist nämlich auch deswegen wichtig, nicht nur weil Ernährungsarmut ein Thema ist – jeder soll sich vernünftig vielfältig ernähren können –, sondern weil es eine Chance bietet, die Bürger*innen mitzunehmen, so ähnlich wie Herr Fishedick das gerade gesagt hat. Wir brauchen eine gute und bessere Kommunikation, die bei den Bürger*innen ankommt.

Im Augenblick ist Ernährungsstrategie ein abstrakter Begriff. Ich würde behaupten, in NRW wissen ganz viele gar nicht, dass es eine Nachhaltigkeitsstrategie gibt. Ich glaube, eine bessere Kommunikation muss tatsächlich dahin gehen: Was habe ich persönlich von einer Nachhaltigkeitsstrategie? Welche Chancen liegen darin? Denn am Ende des Tages haben wir auch Auswirkungen auf Preise. Nachhaltigkeit ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Denn am Ende lebt sie auch davon, dass die Bürger ihr Akzeptanz und Wichtigkeit zumessen. Und das bleibt mir ein bisschen auf der Strecke, weil im Augenblick Bürgerinnen und Bürger nicht wirklich vorkommen. Es ist ein politisches Konstrukt. Am Ende sind die Bürger mitentscheidend, denn wenn sie mit ihren Kauf- und Konsumententscheidungen sich nicht daran orientieren, dann brauchen wir hier auch nicht zu sitzen. Deswegen noch mal das Plädoyer für eine Art Kampagne, Kommunikation, dann auch die Verbraucher*innen und Bürger mitzunehmen.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Wir haben heute schon viel über die kommunale Ebene gehört. Da sind genau die Verbraucher. Da sind die Bürger, da haben wir Ernährungsräte. Warum gibt es eigentlich keine Nachhaltigkeitsräte?, könnte man einfach mal ketzerisch fragen. Wir brauchen am Ende auch so etwas wie Teilhabe, Zugang, Engagement für Nachhaltigkeit. Und das versuchen wir ein Stück auch in unserer Arbeit umzusetzen. Aber wir brauchen das, glaube ich, systemisch in NRW. Denn sonst werden wir eine abgehobene Diskussion haben, die wir am Ende für den Bürger nicht auf den Boden kriegen, sondern wieder so eine Diskussion, die in so einem Schloss stattfindet, sage ich mal.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Weil wir die Bürger mitnehmen müssen, sind die Kommunen halt so bedeutsam. Deswegen haben wir auch in unserem Antrag reingeschrieben, wir wollen die Kommunen unterstützen bei ihrem Nachhaltigkeitsmanagement – und das über entsprechende Beratungsangebote. So, Frau Drees, jetzt bin ich bei Ihnen.

Ich teile die Auffassung, Frau Dr. Witte, die Sie eben vorgestellt haben. Ich bin auch für das NKF. Aber irgendeiner müsste ja dann mal hingehen und müsste – wenn Sie sagen, damit sind die kleinen Kommunen überfordert – für diese einzelnen Produkte diese Beschreibungen machen, also sagen: Passt mal auf, da gibt es ein Set von Indikatoren, die und die Zielgrößen und so weiter. Die Frage ist: Wer soll es jetzt machen?

Wenn das Ministerium das macht, dann kommt das von oben. Ich habe immer gehofft auf die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement). Ich habe festgestellt: Die hat sie nicht gemacht. Also, wer bringt es?

Sabine Drees (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage. Da freue ich mich drüber, weil wir schon sehr viel gemacht und beschrieben haben. Frau Witte hat es gerade erwähnt: Es gibt Indikatorensets für unsere Kommunen. Wir haben innerhalb von fünf Jahren alle Ziele und Unterziele untersucht und mit Indikatoren hinterlegt. Die sind aufgeschrieben. Es gibt Handbücher, die haben wir an alle geschickt. Wenn einer Interesse hat, da nachzulegen, gerne. Es ist auch nicht so bekannt. Da müssen wir selber noch dran arbeiten, das bekannter zu machen.

Wir haben 60 Indikatoren, die frei verfügbar sind, die aus unseren Systemen einfach abrufbar sind. Mit einem Mausklick können zum Beispiel Kommunen – alle Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern – einen Nachhaltigkeitsbericht mit den verfügbaren Indikatoren erstellen. Außerdem haben wir noch Indikatoren, die nicht verfügbar sind, die einen gewissen Aufwand bedeuten; Verkehrszählung und, und, und. Diese Indikatoren sind auch beschrieben. Da müssen die Kommunen etwas Aufwand betreiben und Geld in die Hand nehmen, um diese Startbilanz an Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Da ich gerade dran bin, möchte ich noch eines außerdem sagen, Herr Nolten. Wir haben jetzt sehr viel über Nachhaltigkeitsmanagement, über Beiräte gesprochen. Wir finden das auch wirklich super und unterstützen das auch als Verband. Aber eins kommt mir doch noch ein wenig zu kurz. Es ergibt sich nicht alles durch einen integrierten Ansatz, wie Sie gerade gesagt haben. Irgendjemand muss sich auch die Zielkonflikte richtig tief angucken und Lösungen finden. Wir müssen auch Innovationen nach vorne bringen.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Wir haben über Ernährung gesprochen, wir haben über Energie gesprochen. In Ihrer Landesnachhaltigkeitsstrategie widmen Sie einige Seiten dem Thema „Flächenmanagement“, auch eine Managementaufgabe. So einfach sind die Ziele auch gar nicht aufzulösen. Wir haben das Ziel „bezahlbares Wohnen“. Wir haben das Ziel „keine neu versiegelten Flächen“. Das ist eigentlich nicht auflösbar, es sei denn, man macht sich wirklich mal Gedanken darum, auf kommunaler Ebene beispielsweise – deswegen sehen wir uns auch als Gestalter gefragt. Es kann auch gehen. Es kann auch in Ziele münden, die heißen: Ja, wir wollen bezahlbares Wohnen schaffen und dabei versiegelte Flächen durch Umnutzung, durch Hochbauten nutzen, um nur mal ein Beispiel zu nennen.

Die letzten anderthalb Minuten schenke ich jemand anderem.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Brauchen Sie gar nicht. Will jemand die anderthalb Minuten haben?

Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW): Ich würde die gerne übernehmen, weil ich mich von Ihrem Wunsch sehr angesprochen fühle, dass jemand diese Beratung übernimmt. Denn das passiert schon. Als LAG 21 NRW sind wir seit 2016 dabei, dieses Grundkonzept des Nachhaltigkeitshaushalts genau, wie Sie das beschrieben haben, zu entwickeln und auch in den Kommunen zu erproben. Wir sind gerade in eine neue Phase eingestiegen, gefördert vom Umweltministerium NRW, wo wir mit drei neuen Kommunen starten, das wirklich in der Praxis über den gesamten kommunalen Haushalt auszulegen, also Ziele, sowohl strategische als auch operative Ziele und Kennzahlen, an den Produktgruppen und den Produkten der kommunalen Haushalte zu verankern.

Das ist ein umfangreiches Vorgehen. Es ist ein intensiver Austausch sowohl mit der Verwaltung als auch mit der Politik, da auch die richtigen Ziele zu finden und zu verankern. Das basiert im besten Fall auch auf einer bestehenden Nachhaltigkeitsstrategie, die politisch beschlossen ist und ihren Weg in den Haushalt findet. Wenn Sie da weiteren Nachfragebedarf haben, dann stehen wir als LAG gerne zur Verfügung, weil wir in NRW wirklich in der Praxis sehr aktiv sind, gerade was dieses spezielle Thema angeht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Das ist jetzt ein Format, das ein bisschen anders gelaufen ist, als wir es sonst machen. Herr Dr. Nolten, es haben sich auch noch andere gemeldet zu Ihrer Frage. Ich würde das aber gern als weitere Frage bei Ihnen verorten. Wäre das in Ordnung, dass wir dann einfach weiter in der Runde gehen?

(Dr. Ralf Nolten [CDU] stimmt zu.)

Professor Hennecke hat sich gemeldet. Wir haben nun einfach diese Regeln.

(Zuruf)

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Nächste Runde, bitte. Herr Nolten wird das danach noch mal aufgreifen. – Herr Brockes, bitte.

Dietmar Brockes (FDP): Sorry, wenn ich dann ein bisschen springe. Eben hatten Sie, Professor Hennecke, auch schon das Thema Emissionshandel angerissen. Sie schreiben, dass mit dem Emissionshandel kohärente Instrumentarien schon zur Verfügung stehen, die mehr Anreize für Klimaschutz bieten. Wenn Sie den Punkt bitte auch noch mal etwas ausführen könnten. – Danke.

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke (Handwerk.NRW): Das passt im Grunde zu der Diskussion, die wir gerade über das Thema Beteiligung hatten. Wir können Beteiligung nicht nur verstehen als Mitwirkung an Entscheidungsprozessen der Politik. Wir hatten eben kurz das Thema Windkraftplanung, dass man da Bürger einbezieht; nicht nur im Sinne von Akzeptanz schaffen, sondern auch im Sinne von Qualität der Entscheidung verbessern. Das ist ein wichtiges Thema, das man sich bei vielen dieser Fragestellungen genau angucken muss, und wo man auch Verbesserungen braucht.

Aber die Einbindung der Bürger in diese Nachhaltigkeitsprozesse passiert am Ende auch über die Beteiligung der Verbraucher in Marktprozessen. Denn vieles, über was wir hier reden, passiert am Ende in der Marktwirtschaft. Das heißt, es geht darum, dass die Verbraucher auch eine Orientierung haben, wie sie sich verhalten können, und welche Auswahloptionen sie haben. Da ist sicher ein großes Feld: Setzt die Politik langfristige, verlässliche Anreize und Rahmenbedingungen, die auch für die Verbraucher für ihre langfristigen Entscheidungen wichtig sind?

Da könnte ich jetzt einiges sagen zum Thema „Werbeplanung“, „Heizungstechnik“ und so weiter, Investitionen, die man auf 20, 30 Jahre plant. Oder hat man möglicherweise ein sehr irritierendes Management von Verboten und Erlaubnissen bestimmter Technologien? Hat man sehr kurzfristige, hektische Förderstrukturen, wo man nächste Woche nicht weiß, wie die Antragsbedingungen dann sein werden? Das führt dann zu Attentismus und zu Nichtstun, was wir gerade erleben.

Da ist die Möglichkeit, Instrumente wie CO₂-Bepreisung oder Emissionshandel zu nutzen, eine sehr gute Möglichkeit, viele dieser Fragestellungen, die man mit solchen kleinteiligen Instrumenten verfolgen will, auf einen Schlag zu lösen und den Verbraucher auch im Rahmen dieser Bepreisung die Möglichkeit zu öffnen, nach eigenen optimalen Lösungen zu suchen, wie er bestimmte Kosten und damit auch Umweltkosten vermeiden kann.

Das ist auch eine Art von Beteiligung, von Einbindung von Bürgern und auch Schaffung von Akzeptanz, Nutzung von Kreativität, die die Bürger haben, also auch dezentrale Lösungen zu finden. Das geht am besten, wenn man auf solche marktwirtschaftlichen Instrumente setzt, und weniger, indem man ein bestimmtes Verhalten kleinteilig definiert, belohnt, bestraft und damit versucht, Bashing zu betreiben. Das geht auf Dauer schief. Besser sind solche marktwirtschaftlichen Instrumente.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

René Schneider (SPD): Frau Vorsitzende, vielen Dank. Die nächste Frage würde ich gerne an Sie richten, Frau Drees, und vielleicht auch in Kombination zur Bertelsmann Stiftung, weil ich im Doppelpassspiel das Gefühl bekommen habe, dass die Kommunen da draußen ausreichend Geld für alles haben. Das ist natürlich nicht so. Und zu dem Hinweis, dass man mit Holzständerwerk Schulen bauen kann, was ich mir wünschen würde, würde ich von meinem Kämmerer direkt den Hinweis bekommen: Du spinnst. Dafür müsste man Grundsteuer B erhöhen.

Kurzum, meine Frage, Frau Drees: Mein Gefühl ist, dass Nachhaltigkeit in der Fläche und kommunal – also subsidiär – nur geschehen kann, wenn es dafür auch eine ausreichende Finanzierung gibt. Das geht ja einerseits in diese Finanzierungsfragen rein. Das heißt also, erst, wenn ich einen kommunalen Haushalt habe, der diese Spielräume für Nachhaltigkeit lässt, kann ich etwas machen.

Und zum Zweiten gibt es systemimmanente Probleme, die wir da haben. Ich nehme nur mal eins heraus, nämlich dass viele Kommunen in vergangenen Jahren ihren Haushalt darüber gerettet haben, dass sie Wohngebiete ausgewiesen haben. Ich weiß, wir brauchen auch Wohnraum. Aber das ist auch geschehen, weil man aus Acker Geld machen konnte. Das widerspricht aber vollkommen der Idee, Flächen nicht weiter zu versiegeln. Das heißt, meine Vorstellung besteht immer darin zu sagen: Wenn ich solche systemimmanenten Probleme nicht beseitige – das kann ich zum Beispiel als Landesgesetzgeber machen –, werde ich niemals die Gelegenheit bekommen, die Kommunen von dieser Droge – so nenne ich sie mal – abzubringen zu sagen: Ich saniere meinen Haushalt, indem ich neue Wohngebiete ausweise.

Da die Frage noch mal an die Praktikerin: Wie ist die Lage in den Kommunen? Ist es viel rosiger, als ich wahrnehme, oder welche finanziellen Stellschrauben muss ich als Landesgesetzgeber ziehen, um das Thema „Nachhaltigkeit“ in den Kommunen finanziell möglich zu machen?

Sabine Drees (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Danke schön für die Frage und die damit verbundene Gelegenheit, ein großes Missverständnis auszuräumen. Was ich meinte, ist: Es gibt sehr viele Managementsysteme, Beratungsangebote, Indikatoren, die man auch in Produkthaushalte einpflegen kann. Dass die Kommunen nicht auskömmlich finanziert sind, das steht auf einem ganz anderen Blatt. Es steht in unserer Stellungnahme drin, wie wichtig nachhaltige Finanzierung für Kommunen ist. Deswegen haben wir auch gesagt, wir brauchen mehr Mittel für Klimaschutz.

Wir haben die pauschalen Klimaschutzmittel sehr begrüßt und haben auch gesagt: Das ist gut angekommen bei den Städten, weil sie so in Not sind. Wir würden diese unkomplizierten und unbürokratischen Finanzhilfen des Landes an nordrhein-westfälische Kommunen auch für das ganz wichtige Thema „Klimaanpassung“ begrüßen.

Sie haben gerade noch mal gesagt, wie schlimm es ist, dass Kommunen da Baugebiete ausweisen müssen, wo sie sie gar nicht ausweisen wollen. Das meinte ich mit diesen Zielkonflikten. Das wollte ich gerade noch mal ganz intensiv hier rüberbringen: Man kann alles in eine Managementtheorie fassen, und es gibt sehr viele integrierte

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Ansätze. Wir erleben das auch immer wieder. Hinter die oberen Ziele können sich viele stellen und sagen; Ja, wir sind auch dafür. Auf kommunaler Ebene ist es manchmal sehr schwierig. Grundsätzlich sind alle dafür, dass es Windräder gibt, aber zuhause dann doch nicht.

Grundsätzlich ist jeder für bezahlbaren Wohnraum, aber wenn dann die Wohnräume entstehen sollen – da und da auf dem Acker, dann gibt es eben viel Gegenwind. Und da ist es sehr wichtig, die Kommunen einzubeziehen, zu fragen: „Habt ihr denn vielleicht auch noch Ideen, wie wir es anders lösen können? Muss man alles schwarz und weiß sehen, oder haben wir die Möglichkeit, auch Ideen zu haben, neue Vorschläge nach vorne zu bringen, die dann auch abgebildet werden können in die Zielarchitektur?

Deswegen sind wir schon so früh dabei zu sagen: Wir wollen die Agenda Beyond 2030 mitgestalten, weil die Agenda jetzt zum Beispiel nicht besonders kommunalrelevant ist. Wir haben das SDG 11, da kommen wir ein wenig drin vor. Indikatoren dafür sind zum Beispiel auf Bundesebene die Anzahl von Verkehrstoten. Das kann man natürlich in ganz anderer Tiefe kommunal noch mal angehen.

Zum Beispiel ist es auch ein eigenes Unterziel wert zu sagen: Man muss die kommunale Selbstverwaltung stärken. Und da komme ich wieder zu den Finanzen: Hierfür hätten wir gerne höhere Anteile von den Gemeinschaftssteuern und würden gern in der Lage sein, alles subsidiär zu finanzieren. – Danke schön.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann kommen wir in die sechste Runde. Ich beginne wieder mit Herrn Dr. Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde da anschließen und wahrscheinlich am besten die Frage an Herrn Professor Fishedick richten. Handlungen – kommunale Handlungen, Unternehmenshandlungen oder wessen Handlungen auch immer – bedeuten Kosten, seien es Kosten ökologischer Art, Kosten sozialer Art, Kosten wirtschaftlicher Art. Und die sollten möglichst ins Produkt inkludiert werden, um dann den realen Preis abzubilden.

Im Moment ist es ja so – das ist auch das, was in dem Beitrag von René Schneider durchgeklungen ist –, dass Kosten externalisiert werden, um die Produkte billiger anbieten zu können. Jetzt gibt es Kriterien – oder Zertifizierungen, das Thema hatten wir eben schon mal –, mit denen versucht wird, diesen ganzen Bereich abzubilden; Stichwort Gemeinwohlzertifizierungen, um zu gucken, dass sowohl soziale Kosten, soziale Stärken von Unternehmen oder Verwaltungen, aber auch ökologische Kosten inkludiert werden und somit eine gute Vergleichbarkeit in Unternehmen, Verwaltungen, bei handelnden Akteure gegeben ist, um damit auch in Wettbewerb untereinander gehen zu können und sagen: In unserer Bilanz haben wir all die Kosten inkludiert.

Halten Sie das für ein geeignetes Instrument, um dem Erreichen der Nachhaltigkeitsziele näherzukommen und einen fairen Wettbewerb zu erreichen? Das heißt auch, dass Auftraggeber, Kommunen und Unternehmen wissen, welche Auftragnehmer genau den Zielen der SDGs nahekommen.

Prof. Dr. Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie):

Vielen Dank für die Frage. Ich glaube die ideale Antwort ist schlicht und ergreifend, dass man auf der Produktebene eine Transparenz braucht. Man steckt wirklich drin in den Produkten: Wie sind sie hergestellt worden? Es klang ganz am Anfang auch schon mal an, dass wir da unterschiedliche Systeme auf europäischer und nationaler Ebene haben und versuchen, mehr Produkteigenschaften zu transportieren. Ich glaube, dass es ganz oben die EU-Taxonomie ist, die natürlich bei der Frage anfängt: Was ist eigentlich nachhaltiges Wirtschaften, und wie kann man das runterbuchstabieren? Das ist unendlich komplex, und man kann Produkte nicht runterbuchstabieren. Da braucht es etwas, was viel handhabbarer ist, was viel einfacher ist, was auch bei denjenigen, die die Produkte oder die Dienstleistungen kaufen, tatsächlich verstanden wird.

Ich glaube, diesen Übersetzungsschritt muss man noch ein Stück weit machen, von diesem sehr abstrakten Kriterienraster runter auf ein handhabbares Set von Kriterien, die man auch in der Praxis anwenden kann.

Wir sind als Institut zum Beispiel dabei, schlicht und ergreifend den Versuch zu machen zu definieren: Was ist denn grüner Stahl? Das klingt nach einer ganz einfachen Frage, ist aber unendlich kompliziert, weil Stahl ein Produkt ist, das in einer Verbundanlage hergestellt wird. Und wie definiert man es, wie kann man sagen: Die 10 % des Stahls, der da als grün herauskommt, kann nachher tatsächlich als grün verkauft werden? Da braucht es, glaube ich, handhabbare Kriterien, um die Produkte so beschreiben zu können, dass am Ende derjenige, der sie kauft, der sie einfordert, dann auch das Gefühl hat, dass er hinreichend informiert ist, dass das so stimmt, was an Diskussionen dahinter steht.

Das sehen wir beispielsweise auch bei der Frage der CO₂-Zertifikate, die man jetzt auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt kaufen kann, wie man es im Prinzip nicht machen sollte. Das war eigentlich eine gute Idee, aber sie wird dadurch konterkariert, dass ihm die Transparenz fehlt, dass es da Akteure gibt, die Dinge verkaufen, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen. Da braucht es, glaube ich, klare Regeln auf der einen Seite, auf der anderen Seite tatsächlich auch hinreichend einfache Produkteigenschaften, die man auch transportieren kann. Und das ist die Schwierigkeit, vor der wir da stehen, also nicht zu komplizierte Zertifizierungssysteme, nicht zu komplizierte Kriterienraster. Aber die kriegen Sie nicht kommuniziert, die kriegen Sie nicht transportiert.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Professor. – Herr Dr. Nolten, Sie haben jetzt ein ganzes Potpourri von Fragen und Wortmeldungen, was Sie alles zusammen verbinden können.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Alles gut. Nur mit einem Missverständnis wollte ich jetzt schon noch aufräumen: Dass Sie die Nachhaltigkeitsindikatoren, die Ziele runtergebrochen haben auf Unterziele und so weiter, dass es operationalisiert wird, das ist mir soweit bekannt. Aber das Problem, und das richte ich jetzt mal als Frage an Frau Dr. Witte: Ist es nicht das Problem, dass wir den standardmäßigen kommunalen Haushalt nicht

so elaboriert in diesem Bereich dargestellt haben, dass wir das in diese Diskussion, die mit Zielkonflikten nachher behaftet ist, nicht direkt überführen können?

Wenn wir die Kompatibilität hätten zwischen Ihrem Indikatorensystem und einem entsprechend ausgearbeiteten kommunalen Haushalt, dann, glaube ich, wäre es leichter, mit diesen Indikatoren im Rahmen der Haushaltsberatung auch entsprechend steuernd unterwegs sein zu können als Politiker, als Kommunalpolitiker.

Dr. Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung, Zentrum für Nachhaltige Kommunen):

Ja, vielen Dank. Im Bundesland Hessen ist genau das gemacht worden. Da hat die Kommunalaufsicht mit Unterstützung der Spitzenverbände, begleitet durch Kommunen, am IMK-Produktrahmen orientiert, unsere Indikatoren in ein Produktbuch überführt. Da können die Kommunen jetzt hingehen, das Produktbuch nehmen und sagen: Indikator A gehört zur Produktgruppe X. Das ist natürlich ein Anfang, weil wir nur Indikatoren genommen haben, für die auch statistische Daten vorliegen. Lebten wir in den Niederlanden, sähe das besser aus. Aber das sind immerhin schon mal rund 70 Indikatoren, die die 1:1 in den Haushalt überführen können. Insofern, glaube ich, das hängt jetzt vom Willen der Kommunen ab, das auch zu tun, wobei die, wie gesagt, ja eigentlich auch verpflichtet sind, Ziele zu hinterlegen.

Aber die erfreuliche Botschaft ist: Man muss sie gar nicht zwingen. Ich habe heute Morgen noch mit den Kollegen aus Hessen gesprochen. Die machen das gerne, weil sie das auch spannend finden und weil sie für sich auch einen Mehrwert sehen. Da muss man gar nicht mit Zwang arbeiten, sondern die haben sich gerne an dem Projekt beteiligt. Das läuft noch. Da kann man, denke ich, viel draus lernen.

Ich möchte jetzt auch noch mal etwas zu dem Thema Finanzen sagen. Wir haben gerade unseren Finanzreport rausgebracht für ganz Deutschland. Der guckt natürlich auch immer zurück; also es sind Zahlen der letzten Jahre und nicht voraus. Wir wissen alle, wie es um die Kommunalfinanzen im Moment bestellt ist. Aber selbst in den zurückliegenden guten Jahren war NRW eines der Länder, die in der Summe keinen ausgeglichenen Haushalt auf kommunaler Ebene geschafft haben. NRW bewegt sich da gemeinsam mit dem Saarland und ostdeutschen Ländern in der oberen Mitte.

Also sprich: Den Kommunen insgesamt geht es in NRW nicht gut. Die Disparitäten sind besonders hoch in NRW. Das heißt, auch in NRW gibt es Kommunen, denen geht es gut. Deshalb müssen nicht alle Kommunen jammern. Wenn es darum geht, wo das Geld herkommt, möchte ich lobend erwähnen: Ich finde den Vorstoß, sich mit dem Thema „Altschulden“ in NRW zu beschäftigen, sehr hilfreich, weil die Kommunen aus diesem Problem nicht herauskommen, und das fördert die Disparität noch. Das sieht man auch beim Investitionsstau. Der ist genau da besonders hoch, wo die Kommunen sehr viele Altschulden mit sich rumschleppen.

Und ich glaube, weniger beim Wohnbau wird das Geld in den Kommunen verdient. Was ich auch in dem Zusammenhang sehr nützlich finde, ist, dass beim Thema „Windenergie“ und „Freiflächenphotovoltaik“ andere Rahmenbedingungen geschaffen wurden, sodass man davon ausgehen kann, dass da was ins Rollen kommt. Das sind

Investitionen, die sich mittelfristig auch rechnen. Man kann sich nur wünschen, dass möglichst viele Stadtwerke an das Thema jetzt wirklich auch rangehen.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank. Ich würde gerne meine nächste Frage an Herrn Dr. Pastoors richten. Und zwar: Sie bemängeln, dass das Thema „Chancen der Digitalisierung“ hier nicht auftaucht. Wenn Sie da vielleicht deutlich machen könnten, warum Ihnen dies so wichtig ist? – Danke.

Dr. Sven Pastoors (20-Fünfzig, Agentur für nachhaltige Zukunft): Chancen der Digitalisierung: Es wird immer sehr viel darüber gesprochen, welche technologischen Fortschritte uns eventuell in Zukunft helfen könnten, irgendwelche Nachhaltigkeitsprobleme zu lösen. Anstatt auf irgendwelche Technologien zu setzen, die noch gar nicht entwickelt sind, würde es sich anbieten, erst mal das zu nutzen, was wir schon haben. Gerade im Bereich der Digitalisierung gibt es sehr viele großartige Möglichkeiten. Ich hatte da auch auf diverse Sachen hingewiesen.

Zum Beispiel ist ein ganz großes Thema „Predictive Maintenance“. Ich nehme jetzt das Beispiel in der Plastifizierung, wo es ganz häufig das Problem gibt, dass im Spritzguss oder bei der Verarbeitung Leckagen sind, die dazu führen, dass die Geräte Schaden nehmen. Zum einen führt das dazu, dass das Gerät oder Teile des Geräts ersetzt werden müssen; zum anderen gibt es Ausfälle in der Produktion. Das führt zu enormen Kosten für das Unternehmen. Mit Hilfe von Predictive Maintenance gibt es Möglichkeiten, dass schon frühzeitig erkannt wird, wenn es entsprechende Leckagen oder Schäden gibt, sodass die frühzeitig beseitigt werden und das Gerät gar nicht ersetzt werden muss.

Tracking von Materialien oder Ressourcen: Es gibt viele neuere Techniken, auch mit Hilfe des Internets, um zum Beispiel im Rahmen des Urban Mining, im Rahmen der Entsorgung von Produkten diese Produkte auch zu tracken. Das bedeutet, dass einerseits, wenn Sie zu einem Weiterverarbeitungsbetrieb kommen, sehr schnell überprüft werden kann, was für Materialien dort verarbeitet wurden, welche Giftstoffe da eventuell sind, welche Ressourcen dort vorhanden sind, und dann die Unternehmen die Möglichkeit haben, entweder diese Ressourcen weiterzuverarbeiten, weil sie in der Lage sind, bestimmte Ressourcen zu nutzen, oder aber gewarnt sind, weil sie sehr schnell sehen können, dass bestimmte Giftstoffe verarbeitet wurden.

Anderes Thema ist Urban Mining, was zum Teil in anderen Ländern auch schon betrieben wird, dass irgendwelche Stoffe, die man vielleicht jetzt noch nicht recyceln kann oder nicht weiterverarbeiten kann, irgendwo gelagert werden, aber getrackt sind, sodass man dann zu einem späteren Zeitpunkt, wenn man auf der Suche nach diesen Stoffen ist, sehr leicht herausfinden kann, wo die sich befinden.

Von daher – ich habe es gesehen –: Die Digitalisierung bietet heute schon viele Möglichkeiten. Anstatt auf irgendwelche Technologien zu setzen, die vielleicht irgendwann mal entwickelt werden könnten, wäre es schön, wenn man jetzt die Möglichkeiten, die es schon gibt, konsequenter nutzt.

René Schneider (SPD): Eine Frage noch mal an die Verbraucherzentrale. In Ihrer Stellungnahme haben Sie auf das SDG 1 und auf die bestehende Nachhaltigkeitsstrategie verwiesen, die das ja auch schon annonciert, nämlich einen verbesserten Zugang zu Schuldner- und Insolvenzberatung. Ist aus Ihrer Sicht dieses Ziel erreicht? Und wenn es nicht erreicht ist: Was müsste da nachgesteuert werden in einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie, damit da noch mal mehr Druck auf den Kessel kommt? Denn, wie gesagt, alleine Ziele zu benennen und dann nichts zu tun, hilft uns nicht weiter.

Philip Heldt (Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für die Frage. Ich kann es nicht im letzten Detail beantworten, weil wir als Umweltexperten hier sind und die Kollegen von den Finanzen nicht da sind. Das Ziel ist nicht erreicht. Sowohl die normale Kredit- und Entschuldungsberatung, die wir haben, als auch die Energie-rechtsberatung – also Energieschulden – sind im Moment hemmungslos überlastet. Man hat lange Wartezeiten als Verbraucher. Gerade, wenn es um Fristen geht, die bei Überschuldung häufig eintreten, ist es manchmal problematisch, rechtzeitig einen Termin zu bekommen.

Da hat uns die Preissteigerung in allen Bereichen, aber auch die Sozialverbände, die auch Schuldnerberatung machen, hat getroffen, sodass wir überlastet sind und da dringender Ausbau sein muss, damit die Leute erst mal ihr Grundproblem beenden können, um sich überhaupt um andere Lebensbereiche wieder zu kümmern. Denn wenn man Schulden hat, denkt man gar nicht mehr über die Nachhaltigkeit nach. Deswegen wünschen wir uns wirklich einen Ausbau der Schuldnerberatung in NRW und eine Zusammenlegung mit der Insolvenzberatung, so wie es in Bayern zum Beispiel auch der Fall ist.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Heldt. – Dann gehe ich jetzt in die siebte Runde und beginne wieder mit Herrn Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Bevor ich zu meiner Frage zur Jugendbeteiligung komme – wobei ich heute Morgen gelernt habe, man kann Fragen auch anderthalb Minuten aufteilen an zwei Sachverständige ...

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ungern, aber ja.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Dann würde ich gerne an Frau Drees und Frau Rybicki die Frage stellen.

Herr Brockes, Sie haben jetzt gesagt, dass die BNE-Mittel hier im Haushalt 24 gekürzt würden. Da müssen Sie mir mal den Beleg für bringen. Meines Erachtens werden sie erhöht. Denn es ist ein ganz wichtiges Thema, was uns dann auch zu der Frage führt, nämlich zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die ist insbesondere – nicht nur, aber insbesondere – darauf gerichtet, auch junge Menschen an Schulen, Kindergärten etc. zu erreichen.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Wir haben als Sachverständige auch den Landesjugendring gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Das haben sie auch getan. Sie konnten heute nicht teilnehmen. Daher meine Frage insbesondere zur Jugendbeteiligung: Welche Beteiligungsformate sind für junge Menschen wichtig, um in diesem ganzen Prozess der nachhaltigen Entwicklung, des Erreichens der Nachhaltigkeitsziele Gehör zu bekommen und ihren Zielvorstellungen entgegenzukommen und sie wahrzunehmen? Vielleicht können Sie, Frau Drees, und Sie, Frau Rybicki, da aus ihrer jeweiligen Sicht kurz etwas zu sagen. Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich würde dann jeweils nach anderthalb Minuten winken, bitte sehr.

Sabine Drees (Städtetag Nordrhein-Westfalen): Aus kommunaler Sicht ist die Beteiligung von Jugendlichen oder sogar Kindern wirklich sehr wünschenswert, weil, das sagt auch jeder, Jugendliche und Kinder für Zukunft stehen. Viele Kommunen machen gute Erfahrungen mit Jugend- oder Kinderparlamenten, damit die jungen Menschen von früh an die Systematiken der lokalen Demokratie verstehen und verinnerlichen. Ich glaube, dass das ein gutes Beispiel ist.

Wenn Sie ganz konkret danach fragen, was bei uns getan wird, damit Jugendliche zum Beispiel auch die SDGs kennenlernen: Es ist leider so, dass die SDGs in unserer Mitgliedschaft immer noch ein bisschen schwerfällig wahrgenommen werden. Wir sind froh, wenn sich ein Großteil der Verwaltungsspitzen mit den SDGs und der Agenda 2030 vertraut macht. Trotzdem gibt es sehr viele Großstädte, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, allen voran die Bundesstadt Bonn, die zum Beispiel Kampagnen startet und da auch gezielt Angebote für Kinder und Jugendliche schafft. Ich glaube, das ist ein guter Weg. Man sollte sich natürlich nicht zu sehr klemmen an Strategien und Ziele, sondern die eigentlichen Themen der Nachhaltigkeit nach vorne stellen, um sie Kindern und Jugendlichen auch begreifbar zu machen.

Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW): Wer letzten Montag hier im Landtag bei der Nachhaltigkeitstagung war, hat das, glaube ich, sehr schön erlebt. Da waren sehr viele junge Menschen, die sich auch im Programm mit eingebracht haben. Wie viel Engagement da ist, wie viel Wissen auch da ist, was gehört werden will, das fand ich sehr inspirierend letzten Montag. Ich denke, das muss auf jeden Fall mit eingebunden werden.

Grundsätzlich gilt, dass, wie schon gesagt wurde, niedrighschwellige und weitreichende Formate entwickelt werden, um Beteiligung zu ermöglichen, dass aber auch sehr zielgruppenspezifisch vorgegangen wird. Ich finde es in dem Rahmen auch immer wichtig, neue Zielgruppen mit einzubeziehen, sowohl im Jugendbereich als auch im Erwachsenenbereich zu gucken, dass man ein bisschen aus dieser Nachhaltigkeitsblase rauskommt und auch andere Leute mit den Themen erreicht. Da sind wir beispielsweise im Sportbereich zunehmend aktiv, um neue Akteure in den Diskurs mit einzubinden. Auch

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

da ist ein großer, organisierter Bereich im Jugendsport, wo man auch neue Akteure in den Diskurs mit reinbringen kann.

Was die bestehenden Formate der Jugendbeteiligung angeht, beispielsweise im Rahmen dieser „Mitmischen“-Aktivitäten auch zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, würde ich mir wünschen – das gilt auch für die anderen bestehenden Beteiligungsformate –, dass man da ein klares Mandat findet, was diese Beteiligung begleitet, und auch eine verstärkte Transparenz, was mit Ergebnissen passiert, die in solchen Beteiligungsformaten erarbeitet werden; wie die eigentlich Einfluss finden in die politischen Prozesse oder wie damit umgegangen wird, was dann tatsächlich umgesetzt worden ist. Das gilt sowohl für die Jugendbeteiligung als auch für die allgemeine Beteiligung.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Splitting ist immer ein bisschen schwierig für alle, weil dann der erste sich ganz kurzhält und der zweite in Eile ist. – Dann Dr. Nolten, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich habe eine Frage an Professor Fishedick. Sie haben eben und auch in Ihrer Stellungnahme darauf verwiesen, Umsetzungsgeschwindigkeit erhöhen, nicht immer warten, bis das alles 100 % geklärt ist. Sie schreiben von interministerieller Zusammenarbeit. Wenn ich diesen Ansatz des Best Buyers nehme, ich komme wieder zurück auf die Vergabesituation, dass ich sage: Derjenige, der am häufigsten oder mit dem größten Volumen an bestimmte Ausschreibungen rangeht, der definiert das im Sinne von Herrn Professor Hennecke – nicht das Vergabeverfahren muss nachhaltig sein, sondern das Produkt, das da ist, muss nachhaltig sein. Der definiert das, und die anderen hängen sich einfach dran, gegebenenfalls auch unterstützt durch bestimmte vereinbarte Standards, die einfach übernommen werden. Wäre das ein Ansatz, den Sie für sinnvoll ansehen würden?

Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Die einfache Antwort ist ja. Wir haben im Beschaffungswesen eine riesige Hebelwirkung sowohl als Land als auch die Kommunen als auch die Bundesebene. Sie können natürlich Produkteigenschaften definieren, die erreicht werden müssen. Und da reicht kein In-Gang-Bringen, sondern es geht darum, einen eigendynamischen Markt zu entwickeln. Der muss erst mal in Gang gesetzt werden. Und da kann das, was wir im Englischen Public Procurement nennen, helfen, um genau diesen Markt in Gang zu setzen. Dafür braucht es dann klare Definitionen von Produkten, Produkteigenschaften, die auf der Gegenseite dazu führen, dass Produkte und Dienstleistungen entsprechend entwickelt werden.

Insofern: Klares Ja. Das kann mit zur Geschwindigkeit beitragen und idealerweise auch so eine Multiplikator- und Dominofunktion erfüllen.

Vielleicht noch einen Satz zur Verbindlichkeit und zum Zusammenarbeiten zwischen den Ministerien: Das passiert auf Landesebene ja. Es gibt eine IMAG-Group, in der man sich zwischen den Ministerien austauscht, und es gibt auch andere Formate, wo das getan wird. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, weil die Nachhaltigkeitsziele so viel-

schichtig sind. Jetzt muss es darum gehen, zwischen den Ministerien idealerweise über diese Ziele und Zielkonflikte sowie Energiepotenziale miteinander ins Gespräch zu kommen, und zwar sehr früh miteinander ins Gespräch zu kommen und da jeweils den Finger in die Wunde zu legen.

Es geht jetzt nicht nur um interministeriellen Austausch, es geht auch darum – das habe ich auch in unserer Stellungnahme angedeutet –, dass man die Nachhaltigkeitsstrategien mit vielen Programmstrategien verbinden muss, die es an anderer Stelle im Land gibt, dass die nicht nur nebeneinander stehen, sondern dass man das tatsächlich miteinander verbindet. Da hat vielleicht die Nachhaltigkeitsstrategie ein Stück weit einen übergeordneten Charakter, weil sie eine Ebene abstrakter ist als eine Versorgungsstrategie oder eine Wasserstoffstrategie. Aber im Grunde kann nur dadurch Geschwindigkeit hergestellt werden, wenn man die Strategien miteinander verbindet und nicht nebeneinander in Silos behandelt. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Ich komme nochmal zurück, weil ich noch eine halbe Minute habe, zum Emissionshandel. Dass das mit Märkten und Marktdynamiken zu tun hat, ist völlig richtig. Der Emissionshandel funktioniert im Bereich der Energieindustrie wunderbar, im Bereich der Kraftwerke wunderbar, mehr oder weniger mit gewissen Abstrichen. In anderen Bereichen ist es sicherlich auch ein Moment, das man weiter nutzen sollte. Das wird ja auch getan. Aber es ist nicht ein allein glückseligmachendes Instrument, weil es nicht nur ökonomische Hemmnisse gibt, sondern vieles liegt auf einer anderen Ebene. Wenn Sie die nicht adressieren, dann führt das dazu, dass Sie einen so hohen CO₂-Preis brauchen, dass Sie im Grunde in Richtung soziale Verwerfung kommen, die Sie dann wieder ausgleichen müssen über Klima- oder was auch immer für Instrumente.

Jetzt zu glauben, nur mit dem Emissionshandel würde man die richtigen Anreize setzen, das ist auch zu kurz gegriffen. Also Emissionshandel: Ja, aber flankiert durch ergänzende Instrumente, damit auch mit einem vernünftigen CO₂-Preis die Ziele erreicht werden können.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Kaiser, in der Titelgruppe 66 – Nachhaltige Entwicklung – haben Sie gekürzt. Das kann ich Ihnen gerne im Nachgang noch mal schriftlich geben, damit Sie das auch verinnerlichen können.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich denke, wir fragen jetzt hier Experten und machen das nachher unter uns.

Dietmar Brockes (FDP): Ja, er hatte mich eben angesprochen und das infrage gestellt, was ich ausgeführt habe. Das wollte ich doch gerne hier klarstellen.

Ich würde gerne meine nächste Frage an Professor Hennecke richten. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass das Handwerk bereits konkret an Lösungen für Nachhaltigkeit arbeitet, also insofern an dem Thema dran ist, aber noch nicht abschließend, entnehme ich den Ausführungen. Können Sie uns da vielleicht schon etwas Näheres zu sagen, wie das aussieht? – Danke.

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke (Handwerk.NRW): Das kann ich gerne machen. Wir haben gerade schon über das Thema Vergabe gesprochen. Ein Punkt, der da zum Beispiel wichtig ist, bei dem auch Handwerk eine aktive Rolle spielen kann, ist, dass man im Vergaberecht innovative Lösungen zulässt. Auch wenn der Ausschreibende bestimmte Vorstellungen von einem Produkt hat, sollte es trotzdem möglich sein, dass der Anbieter auch andere Lösungen anbieten kann, die den Zweck möglicherweise noch besser erfüllen, und auch Ideen anbieten kann, die der Ausschreibende möglicherweise gar nicht gekannt hat. Das ist ein Punkt, an dem dezentrale Lösungen, auch dezentrales Know-how, wie es im Handwerk vorhanden ist, in solchen Verfahren genutzt werden kann und damit auch Wissen weitergetragen werden kann.

Insofern macht das schon klar: Handwerk und auch Mittelstand leben von der dezentralen Kultur, von Lösungen, die zentral nicht bekannt sind und die situationsadäquat angebracht werden können. Es ist strukturell ganz wichtig, dass man für diese Prozesse auf diese spontane Wissensnutzung setzt und nicht unterstellt, dass die Politik oder Verwaltung alle Lösungen schon kennen. Wichtig ist, dass man Strukturen schafft, in denen dieses spontane Gewusel auch eingefangen und genutzt werden kann. Da ist Handwerk strukturell geeignet, weil es durch sehr viele kleine Unternehmen geprägt ist und mit sehr vielen verschiedenen Marktconstellationsen zu tun hat. Dadurch existiert sehr viel verstreutes Wissen, was durchaus ausgeweitet werden kann.

Zweiter struktureller Punkt ist: Wir haben eine ganze Reihe von Zielsetzungen, die im Grunde auf resiliente Strukturen abzielen, die auf nachhaltige Stadtquartiere abzielen, die auf regionale Entwicklungen abzielen. Da ist essenziell, dass man, wenn man weniger Mobilität haben will, wenn man weniger Ressourcenvergeudung haben will, lokale, sehr nah erreichbare Versorgungsinfrastrukturen hat. Da gehört auch das Handwerk dazu, da gehören auch andere dazu. Die Gesundheitsversorgung ist so ein Schnittfeld, wo Handwerk und Ärzte gemeinsam etwas tun.

Das heißt, man muss den Blick dafür haben, wenn man etwa nachhaltige Stadtquartiere oder Siedlungsstrukturen entwickeln will, dass man die Infrastruktur, die man dafür braucht, mit hineindenkt und nicht Wege verlängert und Erreichbarkeiten erschwert. Das führt auch zu manchen Abwägungen, die man dann treffen muss, etwa was die Mobilität von Wirtschaftsverkehren angeht, die man auch bei allem Bedarf, Mobilität zu reduzieren, trotzdem gewährleisten muss, damit die Quartiere funktionieren. Das sind so zwei strukturelle Aspekte, wo Handwerk, glaube ich, einen großen Beitrag leisten kann.

Dann kann man in einzelne Märkte reingucken. Ich hatte eben schon ein paar Mal das Thema „Energie- und Wärmeversorgung“ angesprochen. Das ist ein großes Handlungsfeld für das Handwerk, ebenso das Thema „Bauwirtschaft“ im Ganzen, oder wenn wir über Kreislaufwirtschaft reden. Da ist es wichtig, dass wir nicht nur Lösungen kennen, sondern dass wir die auch über Qualifikationssysteme umsetzbar machen und dass wir über Digitalisierung in der Lage sind, die verschiedenen Akteure des Bauens zusammenzubringen, damit komplexe Planungs- und Zertifizierungsprozesse und Wartungsprozesse organisiert werden können. Das geht im Grunde nur mit digitalen

Lösungen. Das setzt nämlich sehr viel mehr Know-how voraus, als wir bisher in vielen Berufen drin haben. Das ist auch eine Sache, die bei Ingenieuren eine Rolle spielt. Insofern gibt es auch noch andere Bereiche des Handwerks, etwa zur Energiegesundheit, wo man das jetzt vertiefen könnte.

René Schneider (SPD): Ich käme dann auch zu meiner letzten Frage. Die sei dem BUND gewidmet. In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie über den Peer Review Prozess von 2018. Sie sagen, dass der damals schon gravierende Zielverfehlungen im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik offenbart hat und regen deswegen ein ähnliches Verfahren an für Nordrhein-Westfalen. Da wollten wir gerne noch mal nachfragen, wie das konkret umgesetzt werden könnte, und welche Erkenntnisse und Impulse Sie sich letztendlich von so einem Peer Review Prozess für Nordrhein-Westfalen erhoffen.

Achim Hertzke (BUND NRW): Danke für die Frage. Das ist das klassische Problem von Fremd- und Selbstwahrnehmung. Wir haben alle unsere blinden Flecken. Das haben Systeme auch, das haben Organisationen, das haben wir alle. Ich hatte tatsächlich das Glück, 2018 am Peer Review-Verfahren des Bundes teilzunehmen. Ich fand es wirklich – das sage ich jetzt sehr emotional – begeisternd, wie der Fremdblick dort rübergekommen ist, wie er gegeben wurde. Das sind ja klassische Verfahren: Feedback, Qualität, externe, internationale Fachleute, die dort auch waren. Das ist kein neues Format. Das ist erprobt. Da könnte man sich wirklich analog beim Bund – dem, der kleingeschrieben wird – orientieren.

Was mich am Montag auch sehr beim Nachhaltigkeitstag in Düsseldorf beeindruckt hatte, war der Vertreter von den Niederlanden, der so ein System – ich habe es gehört – auch aus fachlicher Sicht wirklich gut implementiert hat. Mein Bild ist immer, dass in den Niederlanden der Freigeist manchmal etwas stärker ist.

Was mir wichtig ist: Wir haben ein großes Netzwerk, Friends of the Earth International, und wir sind sehr stark unterwegs auch mit Partnerorganisationen im globalen Süden. Das ist noch mal ein ganz anderer gesellschaftlicher Blick, weil die stärker darunter leiden, aber weil sie andere Gesellschaftsformen, andere Gedanken mit reinbringen. Das wäre mir wichtig, das mit einzubinden.

Es gibt ein ganz praktisches Beispiel. Ostwestfalen-Lippe ist recht weit weg, Detmold auch. Dort ist gerade die deutsche Nachhaltigkeitskonferenz beendet worden. Da waren Polen, Niederlande, Großbritannien, Deutschland vertreten, also ein gutes Potpourri. So etwas wünsche ich mir. Und, wie gesagt, noch mal meine Begeisterung für so ein System. Denn man ist in Bezügen. Da rauszubrechen, ist wirklich ein sehr starker, nachhaltiger Gedanke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt in unsere achte Fragerunde. Sie beginnt wieder mit Dr. Kaiser.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Ich würde direkt beim BUND und den internationalen Punkten anschließen wollen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch geschrieben, dass die internationalen Auswirkungen stärker Berücksichtigung finden müssen und dass das Land NRW Punkte wie ökologischer Fußabdruck, wie Flächenverbrauch außerhalb von Deutschland und ähnliches nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch in der konkreten Politikumsetzung berücksichtigen muss. Können Sie das ein bisschen konkreter darstellen, was Sie da meinen, und ob Sie dafür Lösungsvorschläge haben, wie das gehen könnte?

Achim Hertzke (BUND NRW): Ja, das knüpft so ein bisschen an. Schauen: Was passiert eigentlich? Wir haben die Lieferkettensysteme, wir haben den Green New Deal. Diese Systeme sind alle internationale aufgebaut, und ich sage mal: auf Augenhöhe, ernst nehmen. Wir erleben das.

Was mich vor einem Jahr sehr stark beeindruckt hat, war unsere internationale Konferenz, wo dann gezeigt wurde, dass Umweltaktivisten getötet werden. Die waren einfach nicht mehr da. Das wurde in der Pause gezeigt. Und da setzen sich Menschen trotzdem dafür ein. Diesen Spirit im Austausch wahrzunehmen, tut uns, glaube ich, gut. Das wäre so ein Ansatz, dass man die Kenntnis aus anderen Organisationen mit aufnimmt.

Eine andere Fußnote, die ich mit angebracht habe: Wir haben uns damit befasst. Das muss man nicht neu erfinden. Das ist zutiefst demokratisch in einem großen Netzwerk, wo ganz verschiedene Organisationen sind, in denen man sich darüber austauscht. Und da müssen wir uns auch rechtfertigen als Deutsche, als größte Organisation des FoE-Netzwerkes (Friends of the Earth), was die Klimagerechtigkeit betrifft. Das buchstabieren unsere Partner, die noch mal stärker darunter leiden. Und das ist meine Botschaft an der Stelle.

Bianca Winkelmann (CDU): Auch wir kommen in die letzte Runde nach zwei Stunden. Erst mal herzlichen Dank dafür, dass Sie uns so lange zur Verfügung gestanden haben. Meine letzte Frage würde sich an Frau Dr. Witte richten. Eigentlich hätte ich noch ganz viele andere Fragen.

Wir haben uns heute ausgetauscht darüber, dass allein 17 verschiedene Nachhaltigkeitsziele bedeuten, wir müssen auch interministeriell zusammenarbeiten. Nordrhein-Westfalen startet nicht bei null, wir haben schon einiges erreicht. Wir wollen natürlich noch besser werden, völlig klar. Einer der ausschlaggebenden Faktoren, das habe ich letzte Woche auch gesagt, ist für mich das Thema „Mensch“, also die soziale Komponente in unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Frau Dr. Witte, Sie hatten vorhin schon häufiger das Beispiel Hessen genannt. Deshalb ganz konkret die Frage:

Erstens. Wie können wir Bürgerinnen und Bürger besser mit ein binden und noch besser mitnehmen bei dieser wirklichen Vielfalt der Nachhaltigkeitsziele?

Zweitens. Haben die Hessen irgendwas ganz Konkretes, was wir in Nordrhein-Westfalen sofort nachmachen könnten? Gibt es schon irgendwelche tollen Sachen, die die umgesetzt haben, die wir auch umsetzen könnten?

Dr. Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung, Zentrum für Nachhaltige Kommunen):

Schönen Dank. Ich fange mal mit dem zweiten Teil an. Was die Hessen nicht im Zentrum ihres Prozesses hatten, war das Thema „Bürgerbeteiligung“ und „wie nehme ich die Menschen mit?“ Deshalb würde ich das anschließend beantworten.

Was die Hessen gemacht haben, was wir auch machen könnten, ist die Zuordnung der Indikatoren zu Produkten, die dann dazu führt, dass man das direkt in den Haushalt implementieren kann, wobei sie den nachfolgenden Prozess – wie wird daraus eine Strategie? – auch noch vor sich haben. Sicher wäre da ein Austausch sehr hilfreich. Die sind auch im guten Austausch mit den Landesministerien. Hessen ist auch etwas kleiner. Da sind das Umweltministerium und Innenministerium eng eingebunden. Insofern ist das sicher spannend, da mal hinzuschauen.

Was das Thema „Bürger mitnehmen“ angeht, da teile ich den Ansatz, dass man da insbesondere bei den Handlungsfeldern ansetzen sollte, die den Bürgern sehr nahegehen. Da ist das Thema „Ernährung“ sicher eines, ein anderes ist das Thema „Gesundheit“. Auch da hatten wir am Montag schon eindrückliche Referate, wo man hat sehen können, dass die Menschen persönlich betroffen sind und dass vor allem auch die Gesundheit weit umfänglicher betroffen ist, als man das so vordergründig meint. Ich glaube, es ist wirklich gut, Menschen in ihrer Betroffenheit wahrzunehmen.

Ansonsten ist es genauso, wie schon gesagt wurde, besonders schwierig, die Breite der Menschen mitzunehmen. Das heißt, man ist geneigt, in Blasen zu diskutieren. Ob es jetzt Jugendliche oder ältere Menschen sind: Die breite Menge zu erwischen, ist da wirklich sehr schwierig. Da ist es tatsächlich gut, wenn man bestehende Netzwerke aufgreift, wenn man nicht versucht, etwas Neues zu machen, sondern sich dieser Netzwerke bedient, wie beispielsweise dem Sport, weil man da tatsächlich Menschen in ihrer Breite erreicht.

Da haben wir auch vielfältige Erfahrungen gemacht, in dem Fall eher mit Baden-Württemberg als mit Hessen, wo sich aber gezeigt hat, dass es sehr sinnvoll ist, da an Bestehendem anzuknüpfen.

Ganz wichtig finde ich auch den Punkt der Augenhöhe und der Ernsthaftigkeit. Das heißt, wenn man beteiligt, muss sichergestellt sein, dass aus den Ergebnissen auch etwas wird, dass die Menschen merken, sie werden damit ernst genommen, und es landet nicht in irgendwelchen Aktenschranken, was leider auch häufig passiert.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke schön. Jetzt schaue ich noch mal in die Runde. Ich sehe, dass alle Fragen beantwortet sind am 18. September, während die Expertinnen und Experten in New York wahrscheinlich noch reden.

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
24. Sitzung (öffentlich)

18.09.2023
sd-meg

Ich danke Ihnen sehr für diese Antworten, für diese Detailorientierung und auch Weite, die Sie uns gleichzeitig gegeben haben. Wir werden das Protokoll intensiv auswerten und in unserem Ausschuss diskutieren.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg und uns allen gute weitere Sitzungen. Auf Wiedersehen!

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage

17.10.2023/26.10.2023

Stand: 18.09.2023

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

**Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in
Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen**
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 18/4558

am Montag, dem 18. September 2023,
13.30 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Prof. Dr. Manfred Fishedick Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH Wuppertal	Prof. Dr. Manfred Fishedick	18/771
Dr. Kirsten Witte Bertelsmann Stiftung Zentrum für Nachhaltige Kommunen Gütersloh	Dr. Kirsten Witte	keine
BUND NRW e.V. Achim Hertzke Düsseldorf	Achim Hertzke	18/807
Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfalen e.V. Wolfgang Schuldzinski Düsseldorf	Frank Waskow Philip Heldt	18/794
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. Mona Rybicki Dortmund	Mona Rybicki	18/787
Landesjugendring NRW e.V. Christina Thomas Düsseldorf	keine Teilnahme	18/785
20-Fünfzig GmbH Agentur für nachhaltige Zukunft Dr. Sven Pastoors Düsseldorf	Dr. Sven Pastoors	18/801
Handwerk.NRW Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke Düsseldorf	Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke Carsten Harder	18/800

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	18/789
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	Sabine Drees	
Städte- und Gemeindebund Nordrhein- Westfalen Düsseldorf	keine Teilnahme	